



Karsten Nowrot

Das gesellschaftliche Transformationspotential der Sustainable Development Goals

Völkerrechtliche Rahmenbedingungen
und außerrechtliche
Nachhaltigkeitsvoraussetzungen

Rechtswissenschaftliche
Beiträge der
Hamburger Sozialökonomie

Heft 35

Karsten Nowrot

Das gesellschaftliche Transformationspotential der Sustainable Development Goals

Völkerrechtliche
Rahmenbedingungen und
außerrechtliche
Nachhaltigkeitsvoraussetzungen

Rechtswissenschaftliche
Beiträge der
Hamburger Sozialökonomie

Heft 35

Professor Dr. Karsten Nowrot, LL.M. (Indiana)

Professor für Öffentliches Wirtschaftsrecht mit Schwerpunkt
Europäisches und Internationales Wirtschaftsrecht am Fachbereich
Sozialökonomie der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
an der Universität Hamburg; Zweitmitglied der Fakultät für
Rechtswissenschaft der Universität Hamburg; stellvertretender Leiter
des Masterstudiengangs „European and European Legal Studies“ am
Europa-Kolleg Hamburg.

Impressum

Kai-Oliver Knops, Marita Körner, Karsten Nowrot (Hrsg.)
Rechtswissenschaftliche Beiträge der Hamburger Sozialökonomie

Karsten Nowrot
Das gesellschaftliche Transformationspotential der Sustainable
Development Goals: Völkerrechtliche Rahmenbedingungen und
außerrechtliche Nachhaltigkeitsvoraussetzungen
Heft 35, April 2020

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikationen in der
Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter
<http://dnb.dnb.de> abrufbar.
ISSN 2366-0260 (print)
ISSN 2365-4112 (online)

Reihengestaltung: Ina Kwon
Produktion: UHH Druckerei, Hamburg
Schutzgebühr: Euro 5,-

Die Hefte der Schriftenreihe „Rechtswissenschaftliche Beiträge der
Hamburger Sozialökonomie“ finden sich zum Download auf der
Website des Fachgebiets Rechtswissenschaft am Fachbereich
Sozialökonomie unter der Adresse:

[https://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereich-sozoek/professuren/
koerner/fiwa/publikationsreihe.html](https://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereich-sozoek/professuren/koerner/fiwa/publikationsreihe.html)

Fachgebiet Rechtswissenschaft
Fachbereich Sozialökonomie
Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Universität Hamburg
Von-Melle-Park 9
20146 Hamburg

Tel.: 040 / 42838 - 3521
E-Mail: Beate.Hartmann@uni-hamburg.de

Inhalt

A.	Ausgangsüberlegungen: Völkerrechtliche Verbindlichkeit der SDGs als „Transformationsmotor“?	..5
B.	Rechtscharakter und aktuelle völkerrechtliche Bedeutung der SDGs: Eine Betrachtungsskizze7
C.	Nachhaltigkeitsvoraussetzungen: Zu den Grenzen der gesellschaftlichen Transformationsrelevanz einer völkerrechtlichen Verortung der SDGs13
D.	Schlussbetrachtungen21
	Literaturverzeichnis22

A. Ausgangsüberlegungen: Völkerrechtliche Verbindlichkeit der SDGs als „Transformationsmotor“?*

Bereits der Titel des Dokuments, in das die Sustainable Development Goals (SDGs) als wesentlicher Bestandteil desselben eingebunden sind, nämlich die Resolution 70/1 der Generalversammlung der Vereinten Nationen „Transforming Our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development“ vom 25. September 2015¹ indiziert in respektabler Deutlichkeit, dass die SDGs im Schwerpunkt und aus einer übergreifenden Perspektive betrachtet gerade auch eine Umgestaltung zum Ziel haben; also in einem sehr umfassenden Sinne eine Transformation der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse auf globaler Ebene erfolgen soll. Vor diesem Hintergrund erscheint es wahrlich nicht ganz fernliegend, und im Folgenden soll denn auch in der Tat ein entsprechender Versuch unternommen werden, sich den SDGs in der Weise analytisch anzunähern, dass man Gesichtspunkte wie das Transformationspotential dieser Zielsetzungen, das Bestehen aktueller oder potentieller Transformationsherausforderungen sowie die gebotene Berücksichtigung einschlägiger Transformationsvoraussetzungen einer etwas eingehenderen Betrachtung unterzieht.

Zunächst lässt sich in diesem Zusammenhang aus einer vergleichenden Perspektive konstatieren, dass den aktuellen SDGs jedenfalls prinzipiell ein deutlich höheres Transformationspotential zugeschrieben werden kann als ihren „Vorgängern“, den im September 2000 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Rahmen der „United Nations Millennium Declaration“ angenommenen so genannten „Millennium Development Goals“ (MDGs), welche bis zum Jahre 2015 realisiert werden sollten.² Zur Illustration dieser Wahrnehmung sollen hier nur zwei Aspekte kurz hervorgehoben werden. Zum einen ist aus prozeduraler Perspektive darauf hinzuweisen, dass im Unterschied zu den MDGs, welche Ende der 1990er Jahre mit den Worten *Adeniyi Olatunbosun* „were drawn up by a group of men in the basement of UN headquarters“,³ die jetzigen SDGs im Rahmen eines deutlich transparenteren und vor allem auch inklusiveren Entwicklungsprozesses unter Beteiligung gerade auch von Vertretern der Zivilgesellschaft ausgearbeitet worden sind.⁴ Schon angesichts der mit einer solchen

* Der Beitrag beruht auf einem Vortrag, welchen der Verfasser im Rahmen des fakultären Dies Academicus zu dem Thema „Wie verwirklichen wir als WISO-Fakultät die Sustainable Development Goals und welche Hochschule brauchen wir dafür?“ an der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg am 13. November 2019 gehalten hat. Die Vortragsform wurde verschiedentlich beibehalten.

1 Siehe UN General Assembly Resolution 70/1, Transforming Our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development, UN Doc. A/RES/70/1 of 21 October 2015.

2 UN General Assembly Resolution 55/2, United Nations Millennium Declaration, UN Doc. A/RES/55/2 of 18 September 2000. Eingehender zu den MDGs und ihrer Wirkungsgeschichte vgl. u.a. *Nanda*, Denver Journal of International Law and Policy 44 (2016), 389 (392 ff.); *Salomon*, German Yearbook of International Law 51 (2008), 39 (55 ff.); *Szpak*, Polish Quarterly of International Affairs 26 (2017), 108 (114 ff.); *Pleuger*, United Nations, Millennium Declaration, Rn. 6 ff., in: Wolfrum (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 3. April 2020).

3 *Olatunbosun*, Nigerian Law Journal 19 (2016), 35 (40); vgl. z.B. auch *Nanda*, Denver Journal of International Law and Policy 44 (2016), 389 (398) („The lack of transparency in the formulation of the MDGs was one of their shortcomings, for a group of staff members from the U.N., International Monetary Fund, World Bank, and OECD were responsible for the drafting process without any broader participation, especially from civil society. Thus it was that the MDGs originated in obscurity and lacked a human rights focus, for which they have faced major criticism. As mentioned earlier, this has led to adverse consequences insofar as the progress has not been more inclusive and equitable.“).

4 Vgl. dazu nur *Nanda*, Denver Journal of International Law and Policy 44 (2016), 389 (406) („The process of developing the SDGs shows a striking difference as contrasted with that of the MDGs. Instead of being formulated by the staff of the U.N. and a few other international organizations that had developed the MDGs, there was outreach, transparency,

Vorgehensweise anerkanntermaßen verbundenen Vorteile, unter anderem sind hier die durch die Mitwirkung an den Entscheidungsprozessen bedingte höhere Akzeptanz derartiger zustande gekommener Steuerungsmechanismen auf Seiten der Steuerungsadressaten sowie die Verminderung von Vollzugsdefiziten bei der Implementierung dieser Verhaltensvorgaben zu nennen,⁵ kann von einem grundsätzlich relativ höheren Umgestaltungspotentials der SDGs im Vergleich zu den MDGs ausgegangen werden.

Zum anderen weisen die SDGs im Unterschied zu ihren Vorgängern in inhaltlicher Hinsicht einen deutlich breiten Steuerungsfokus auf, welcher dem notwendigerweise ganzheitlichen Ansatz des Konzepts der (nachhaltigen) Entwicklung nach zu Recht verschiedentlich vertretener Auffassung wesentlich besser gerecht wird, als die so gut wie ausschließlich auf die Entwicklungsländer bezogenen, sektoralen und teilweise – was die Prioritätensetzung betrifft – beinahe willkürlich erscheinenden Ordnungsvorstellungen der vormaligen MDGs.⁶

Trotz dieser im Lichte eines prinzipiell höheren Transformationspotentials eigentlich ganz guten bzw. zumindest im Vergleich zu den MDGs besseren Ausgangsposition der SDGs, fällt der Zwischenbefund hinsichtlich ihrer Umsetzung und Verwirklichung im internationalen System nach rund vier Jahren bekanntermaßen nicht uneingeschränkt positiv aus. Vielmehr sind in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Transformationsherausforderungen bzw. -hindernissen deutlich geworden, welche zusammengenommen dazu führen, dass – wie beispielsweise in jüngerer Zeit von *Wegari Dulume* konstatiert – „progress on translating the goals and visions of the SDGs to reality has been slow and uncoordinated“.⁷

Einer derjenigen Gesichtspunkte, welcher im Zusammenhang mit diesen Transformationsherausforderungen immer wieder angeführt wird, ist dabei die behauptete völkerrechtliche Unverbindlichkeit der 2030 Agenda und der mit ihr verbundenen SDGs. So liest man beispielsweise bei *Thomas Pogge* und *Mitu Sengupta*, dass „[l]ike the MDGs, the SDGs are to be a statement of aspirations, and a voluntary agreement rather than a binding treaty. This is a disadvantage as far as the prospects for compliance are concerned“.⁸ Mit dieser Wahrnehmung korrespondiert denn auch gleichsam naturgemäß die nicht nur gelegentlich anzutreffende Vorstellung, dass sich eine anzustrebende völkerrechtliche Verbindlichkeit der SDGs als eine Art von „Transformationsmotor“ für die in ihnen niedergelegten Zielsetzungen erweisen könnte; also gewissermaßen eine Transformation des völkerrechtlichen Charakters der SDGs geboten

and openness in the creation of the SDGs. The U.N. outreach for consultation and review was historic and unprecedented.”); *Olatunbosun*, *Nigerian Law Journal* 19 (2016), 35 (40 f.).

- 5 Siehe hierzu statt vieler bereits *Schulze-Fielitz*, in: Dose/Voigt (Hrsg.), *Kooperatives Recht*, 225 (228); *Charney*, in: Ku/Weiss (Hrsg.), *Toward Understanding Global Governance*, 55 (58); *Nowrot*, *Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht*, 446 f.; *Michael*, *Rechtsetzende Gewalt*, 209 ff., m.w.N.
- 6 Zu dieser Wahrnehmung statt vieler *International Council for Science/International Social Science Council*, *Review of Targets for the Sustainable Development Goals: The Science Perspective*, 2015, 5 („The [...] Sustainable Development Goals offer major improvements on the Millennium Development Goals (MDGs). The SDG framework addresses key systemic barriers to sustainable development such as inequality, unsustainable consumption patterns, weak institutional capacity, and environmental degradation that the MDGs neglected.”); *Olatunbosun*, *Nigerian Law Journal* 19 (2016), 35 (40) („There is broad understanding among governments of the World that while the MDGs provided a framework to develop policies and programmes to end poverty and improve the lives of poor people, these goals were too narrow. The MDGs had eight focal points - reduce poverty and hunger; achieve universal education; promote gender equality; reduce child and maternal deaths; combat HIV, malaria and other diseases; ensure environmental sustainability; develop global partnerships. The MDGs had been criticized as having failed to consider the root causes of poverty and overlooked gender inequality as well as inability to effectively address the holistic nature of development. The MDGs goals did not consider issues related to human rights, while in theory, the applied to all countries, in reality, they were considered targets for poor countries to achieve with assistance from overseas and wealthy states.”).
- 7 *Dulume*, *Journal of Sustainable Development Law & Policy* 10 (2019), 56 (67).
- 8 *Pogge/Sengupta*, *Washington International Law Journal* 24 (2015), 571 (572); vgl. überdies statt vieler auch *Dulume*, *Journal of Sustainable Development Law & Policy* 10 (2019), 56 (67) („As earlier mentioned, a key challenge of Goal 17 arises from the nature of the agenda itself. The SDGs are generally non-binding on the countries. There is, therefore, no concrete mechanism for ensuring responsibility and accountability for progress towards meeting the SDGs.”).

ist, um eine in der gesellschaftlichen Realität sich adäquat und effektiv verwirklichende Transformation unserer Welt zu erreichen. *Dulume* führt in diesem Kontext unter anderem folgendes aus: „The SDGs continue to be viewed as political documents that have no binding effects. This raises the need to address the challenges arising from the non-binding nature of the 2030 Agenda for sustainable development in general and Goal 17 in particular. The international community needs to change the political document into a binding document, protocol or accord that elaborates concrete and measurable action plans in the context of SDGs. [...] Lack of clear and measurable results on SDG implementation could [thus] be addressed by changing the political document to a legally binding one.”⁹

Dieser Wahrnehmung einer völkerrechtlichen Verbindlichkeit der SDGs als gleichsam „Transformationsmotor“ möchte ich mich hier nachfolgend auf der Basis einiger Gedanken und Überlegungen – nicht mehr als das – etwas näher zuwenden. Die Annäherung an diese Thematik erfolgt dabei in zwei Schritten. In einem ersten Schritt soll der dieser Wahrnehmung in zentraler Weise zugrundeliegenden Frage nachgegangen werden, ob die SDGs insgesamt oder in Bezug auf einzelne von ihnen verfolgte Zielsetzungen tatsächlich aktuell keine völkerrechtliche Verbindlichkeit aufweisen (B.). Hieran anschließend möchte ich in einem zweiten Schritt den möglichen Grenzen der Relevanz der vorliegenden Thematik für die Entfaltung des Transformationspotentials der SDGs widmen; also mich konkret mit der Frage beschäftigen, ob die Vorstellung von völkerrechtlicher Verbindlichkeit als Transformationsmotor im vorliegenden Kontext sich als sinnvoll darstellt oder vielleicht doch eher Gefahr läuft, die Bedeutung des Rechtscharakters der in den SDGs enthaltenen Zielvorgaben für ihre Verwirklichung in der gesellschaftlichen Realität überzubewerten (C.).

B. Rechtscharakter und aktuelle völkerrechtliche Bedeutung der SDGs: Eine Betrachtungsskizze

Den Ausgangspunkt der völkerrechtlichen Verortung der SDGs bildet zunächst die Bestimmung des Rechtscharakters der 2030 Agenda selbst. Als eine Resolution der Generalversammlung der UNO, die sich nicht auf den internen Organisationsbereich oder die Mitgliedschaft der Vereinten Nationen bezieht,¹⁰ kommt ihr prinzipiell keine positivrechtliche Verpflichtungswirkung zu.¹¹ Nach der insoweit zentralen Vorschrift des Art. 10 UN-Charta kann die Generalversammlung „alle Fragen und Angelegenheiten erörtern, die in den Rahmen dieser Charta fallen oder Befugnisse und Aufgaben eines in dieser Charta vorgesehenen Organs betreffen; [und]

9 *Dulume*, Journal of Sustainable Development Law & Policy 10 (2019), 56 (71).

10 Für entsprechende Kompetenzen der UN-Generalversammlung zum Erlass rechtsverbindlicher Entscheidungen vgl. u.a. Art. 4 Abs. 2 UN-Charta, Art. 5 UN-Charta, Art. 6 UN-Charta, Art. 17 Abs. 1 UN-Charta Art. 22 UN-Charta, Art. 101 Abs. 1 UN-Charta oder Art. 108 UN-Charta. Allgemein hierzu auch beispielsweise *Tomuschat*, United Nations, General Assembly, Rn. 17 ff., in: Wolfrum (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 3. April 2020); *Klabbers*, An Introduction to International Organizations Law, 163 („In certain household matters, the power of the Assembly to take binding decisions is undisputed.“); sowie eingehender zur Diskussion über die Rechtswirkungen von Resolutionen der UN-Generalversammlung vgl. u.a. *Sohn*, in: Makarczyk (Hrsg.), Essays in Honour of Krzysztof Skubiszewski, 549 ff.; *Klein/Schmahl*, in: Simma/Khan/Nolte/Paulus (Hrsg.), Charter of the United Nations, Bd. 1, Art. 10, Rn. 47 ff.; *Schwebel*, in: ders., Justice in International Law, 499 ff.; *Bergman*, in: Snyder/Sathirathai (Hrsg.), Third World Attitudes, 231 (233 ff.), jeweils m.w.N.

11 So exemplarisch bereits unter anderem *Huck*, Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht 29 (2018), 266 (267 f.); sowie eingehender hierzu *ders./Kurkin*, Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 78 (2018), 375 (383 ff.). Vgl. auch schon in Bezug auf die auf der Grundlage der United Nations Millennium Declaration angenommenen MDGs *Pleuger*, United Nations, Millennium Declaration, Rn. 4, in: Wolfrum (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 3. April 2020).

vorbehaltlich des Artikels 12 [...] zu diesen Fragen und Angelegenheiten Empfehlungen an die Mitglieder der Vereinten Nationen oder den Sicherheitsrat oder an beide richten“;¹² eine auf die Abgabe von Empfehlungen beschränkte Kompetenzbestimmung, die auch unter anderem durch den insofern gleichlautenden Regelungsgehalt der Art. 11 Abs. 1 und 2, Art. 13 Abs. 1 sowie Art. 14 UN-Charta konkretisiert und ergänzt wird.

Dieser Befund sollte natürlich nicht zu der Schlussfolgerung Anlass geben, dass es sich bei Resolutionen der UN-Generalversammlung allein um ein außerrechtliches Phänomen handelt. Vielmehr kann den entsprechenden Äußerungen dieses Hauptorgans der Vereinten Nationen als Mechanismen der Verhaltenssteuerung anerkanntermaßen in vielfältiger Weise auch ein rechtsgestaltender Effekt im heutigen internationalen System zugeschrieben werden. So stützt sich beispielsweise der Internationale Gerichtshof (IGH) insbesondere seit den 1980er Jahren in seinen Begründungen für die Existenz von Völkergewohnheitsrecht in wachsendem Umfang auch auf Resolutionen der UN-Generalversammlung und weitere für sich genommen ebenfalls grundsätzlich keine Rechtswirkung entfaltende Dokumente internationaler Gremien beziehungsweise auf internationalen Konferenzen angenommene Deklarationen.¹³ In diesem Zusammenhang sei hier nur beispielhaft auf die Urteile des IGH im Nicaragua-¹⁴ und im Gabcikovo-Nagymaros-Fall¹⁵ sowie auf die Rechtsgutachten des Gerichtshofs über die Zulässigkeit der Bedrohung mit und des Einsatzes von Nuklearwaffen¹⁶ und die Rechtsfolgen der Errichtung einer Mauer auf palästinensischem Territorium¹⁷ verwiesen.

Demgegenüber haben sich jedoch die quantitativ – und jedenfalls zum Teil auch qualitativ – durchaus nicht unerheblichen Versuche im wissenschaftlichen Schrifttum der vergangenen Jahrzehnte, den Resolutionen der Generalversammlung jedenfalls unter bestimmten Voraussetzungen darüber hinaus auch eine unmittelbar rechtssetzende Wirkung beizumessen, aus einer Vielzahl an Gründen zu Recht nicht durchsetzen können.¹⁸ Der Umstand, dass die SDGs somit

- 12 Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945, abgedruckt in: Documents of the United Nations Conference on International Organization, Bd. 15, 1945, 336; BGBl. 1973 II, 431; mit nachfolgender Änderung, abgedruckt in: BGBl. 1974 II, 769.
- 13 Für eine eingehendere Analyse dieser Rechtsprechung des IGH vgl. beispielsweise *Charney*, in: Delbrück (Hrsg.), *New Trends in International Lawmaking*, 171 (174 ff.); *Mendelson*, RdC 272 (1998), 155 (378 ff.); *Tietje*, *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 24 (2003), 27 (33 f.); *ders.*, *Internationalisiertes Verwaltungshandeln*, 243 f.; Öberg, *European Journal of International Law* 16 (2005), 879 ff.; *Francioni*, in: Lowe/Fitzmaurice (Hrsg.), *Essays in Honour of Sir Robert Jennings*, 167 (168 ff.). Siehe hierzu auch im Überblick *Crawford*, *Brownlie's Principles of Public International Law*, 181 ff.; *Orakhelashvili*, *Akehurst's Modern Introduction to International Law*, 44 f., jeweils m.w.N.
- 14 IGH, *Case Concerning Military and Paramilitary Activities in and against Nicaragua*, (Nicaragua v. Vereinigte Staaten von Amerika), ICJ-Reports 1986, 14 (97 ff.).
- 15 IGH, *Case Concerning the Gabcikovo-Nagymaros Project*, (Ungarn v. Slowakei), ICJ-Reports 1997, 7 (71 f.).
- 16 IGH, *Legality of the Threat or Use of Nuclear Weapons*, (Vereinte Nationen), ICJ-Reports 1996, 226 (254 ff., paras. 68 ff.); vgl. insbesondere *ibid.*, 254-255, para. 70 („The Court notes that General Assembly resolutions, even if they are not binding, may sometimes have normative value. They can, in certain circumstances, provide evidence important for establishing the existence of a rule or the emergence of an *opinio juris*. To establish whether this is true of a given General Assembly resolution, it is necessary to look at its content and the conditions of its adoption; it is also necessary to see whether an *opinio juris* exists as to its normative character. Or a series of resolutions may show the gradual evolution of the *opinio juris* required for the establishment of a new rule.“).
- 17 IGH, *Legal Consequences of the Construction of a Wall in the Occupied Palestinian Territory*, (Vereinte Nationen), ICJ-Reports 2004, abgedruckt in: I.L.M. 43 (2004), 1009 (1034, paras. 87 f.; 1037, para. 98).
- 18 So deutlich unter anderem *Tomuschat*, in: Makarczyk (Hrsg.), *Essays in Honour of Krzysztof Skubiszewski*, 563 (572); *Tietje*, *Internationalisiertes Verwaltungshandeln*, 261; und bereits IGH, *South West Africa Cases*, (Ethiopia v. South Africa; Liberia v. South Africa), Second Phase, ICJ-Reports 1966, 6 (50-51) („The persuasive force of Assembly resolutions can indeed be very considerable, - but this is a different thing. It operates on the political not the legal level: it does not make these resolutions binding in law.“); vgl. zu diesen früheren Versuchen, Resolutionen der UN-Generalversammlung Rechtsverbindlichkeit zuzuweisen, beispielsweise *Elias*, in: Friedmann u.a. (Hrsg.), *Essays in Honour of Philip C. Jessup*, 34 (51); sowie für eine eingehende Darstellung dieser Diskussion im Schrifttum *Verdross/Simma*, *Völkerrecht*, §§ 634 ff.; *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, *Völkerrecht*, Bd. I/1, 71 ff.; *Klabbers*, *An Introduction to International Organizations Law*, 164 ff.; *Asamoah*, *The Legal Significance of the Declarations of the General Assembly of the United Nations*, 19 ff.; *Schachter*, in: Macdonald/Johnston (Hrsg.), *Structure and Process of International Law*, 745

als Bestandteil einer Resolution der UN-Generalversammlung in der Tat für sich genommen nach ganz überwiegender und zutreffender Auffassung keine völkerrechtliche Verbindlichkeit aufweisen, schließt jedoch keineswegs aus, dass ihnen gleichwohl aufgrund anderer Regelungsansätze und normativen Betrachtungsebenen eine positivrechtliche Bindungswirkung oder zumindest völkerrechtliche Relevanz zukommt. Zur Illustration und Verdeutlichung dieser Aussage sollen hier im Folgenden drei Aspekte hervorgehoben werden.

Zunächst einmal können auch prinzipiell unverbindliche Verhaltensvorgaben und Zwecksetzungen wie die SDGs dadurch eine positivrechtliche Bedeutung erlangen, dass sie ausdrücklich in ein internationales Vertragsregime einbezogen werden. Ein Beispiel für eine solche völkervertragsrechtliche Inkorporation der SDGs insgesamt bildet das am 3. Dezember 2016 zwischen Marokko und Nigeria geschlossenen Investitionsabkommen.¹⁹ Art. 24 Abs. 1 dieses Vertrages statuiert, dass „[i]n addition to the obligation to comply with all applicable laws and regulations of the Host State and the obligations in this Agreement, and in accordance with the size, capacities and nature of an investments, and taking into account the development plans and priorities of the Host State and the Sustainable Development Goals of the United Nations, investors and their investments should strive to make the maximum feasible contributions to the sustainable development of the Host State and local community through high levels of socially responsible practices“. Diese Bestimmung des in vielerlei Hinsicht bemerkenswerten bilateralen Abkommens²⁰ ist insofern besonders interessant, weil die SDGs hier sogar im Kontext von Verhaltenserwartungen in Bezug auf prinzipiell nichtstaatliche Akteure, nämlich ausländische Investoren, Erwähnung finden. Die beiden staatlichen Vertragsparteien Marokko und Nigeria signalisieren mit der Einbeziehung der SDGs in ihr völkerrechtliches Vertragsregime also nicht nur die beachtliche Relevanz, welche sie diesen Zwecksetzungen bei der Ausgestaltung ihrer transnationalen Investitionsbeziehungen zumessen. Vielmehr verdeutlichen sie gleichzeitig die wichtige Rolle von privaten Steuerungssubjekten bei der Realisierung des Transformationspotentials der SDGs insgesamt.²¹

Weitere Beispiele für eine explizite Einbeziehung der SDGs in völkerrechtliche Verträge finden sich unter anderem in Freihandelsabkommen der Europäischen Union (EU). So statuiert Art. 13.1 Abs. 2 des Freihandelsabkommens der EU mit Vietnam vom 30. Juni 2019, dass „[t]he Parties recall the *Agenda 21 on Environment and Development* of 1992, [...], and the *Outcome Document of the United Nations Summit on Sustainable Development* of 2015, entitled ‘*Transforming Our World: the 2030 Agenda for Sustainable Development*’. They affirm their commitment to promote the development of international trade in such a way as to contribute to the objective of sustainable development, for the welfare of present and future generations. The objective of sustainable development shall be integrated in their bilateral trade relationship“.²² Eine vergleichbare Regelung findet sich unter anderem in Art. 16.1 Abs. 1 des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen der EU und Japan, welches am 17. Juli

(787 ff.); Sloan, *British Yearbook of International Law* 58 (1987), 39 ff., jeweils m.w.N.

19 Reciprocal Investment Promotion and Protection Agreement between the Government of the Kingdom of Morocco and the Government of the Federal Republic of Nigeria of 3 December 2016, erhältlich im Internet unter: <<http://investmentpolicyhub.unctad.org/IIA/treaty/3711>> (zuletzt besucht am 3. April 2020).

20 Vgl. eingehender zu Regelungsinhalt und Innovationsgehalt dieses bilateralen Investitionsabkommens beispielsweise Zugliani, *International and Comparative Law Quarterly* 68 (2019), 761 ff.; Gazzini, *Investment Treaty News*, Volume 8, Issue 3, September 2017, 3 ff.; Nowrot, *The Other Side of Rights in the Processes of Constitutionalizing International Investment Law*, 12 ff., 21 ff.; Santacroce, *ICSID Review – Foreign Investment Law Journal* 34 (2019), 136 (145-146); Ejims, *ICSID Review – Foreign Investment Law Journal* 34 (2019), 62 (74 ff.).

21 Vgl. zu diesem letztgenannten Aspekt auch noch *infra* unter C.

22 Der Text des Abkommens ist erhältlich im Internet unter: <<https://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1437>> (zuletzt besucht am 3. April 2020).

2018 unterzeichnet wurde und am 1. Februar 2019 in Kraft getreten ist.²³

Weiterhin, und dies bildet den zweiten Aspekt, lässt sich im Lichte ihres inklusiven Ausarbeitungsprozesses und den Modalitäten sowie dem Kontext ihrer Verabschiedung im Rahmen des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung im September 2015 mit guten Gründen die Auffassung vertreten, dass die SDGs aktuell eine allgemein konsenterte – und damit in gewissem Umfang auch autoritative – Konkretisierung des übergeordneten normativen Ordnungskonzepts der nachhaltigen Entwicklung darstellen. Vor diesem Hintergrund kommt ihnen also auch insoweit eine völkerrechtliche Relevanz zu, als man dem Prinzip der nachhaltigen Entwicklung selbst eine entsprechende positivrechtliche Verbindlichkeit in den normativen Ordnungsstrukturen des internationalen Systems zuschreibt.

Dies ist jedenfalls für den Fall unstrittig anzunehmen, dass zwischenstaatliche Abkommen diese übergeordnete Ordnungsidee als Rechtsbegriff in ihre Regelungsstrukturen inkorporieren. Und die Anzahl entsprechender völkerrechtlicher Verträge ist durchaus bemerkenswert. Bereits zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts ließ sich das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung als Regelungskonzept in mehr als dreihundert internationalen Abkommen nachweisen.²⁴ Zahlreiche aktuellere Beispiele wie die Präambel des Indonesia-Australia Comprehensive Economic Partnership Agreement vom 4. März 2019²⁵ sowie Art. 12 Abs. 1 des von Brasilien und Indien am 25. Januar 2020 unterzeichneten Abkommens über die Zusammenarbeit und Förderung im Hinblick auf ausländische Investitionen²⁶ können überdies als deutliches Indiz dafür gewertet werden, dass dieser Trend in der internationalen Vertragspraxis auch gegenwärtig noch anhält.

Ob allerdings die Ordnungsidee der nachhaltigen Entwicklung – und damit zumindest mittelbar auch die SDGs – überdies unabhängig von ihrer Inkorporation in völkerrechtliche Abkommen eine internationale Rechtsgeltung und Bindungswirkung als Bestandteil des Völkergewohnheitsrechts beanspruchen kann, wird unter anderem im Lichte der inhaltlichen Unbestimmtheit²⁷ sowie des terminologischen Kompromisscharakters dieses Konzept²⁸ weiterhin

- 23 Abkommen zwischen der Europäischen Union und Japan über eine Wirtschaftspartnerschaft, ABl. EU, Nr. L 330/3 vom 27. Dezember 2018.
- 24 Vgl. hierzu *Barral*, *European Journal of International Law* 23 (2012), 377 (384) („But sustainable development also finds expression in a far from negligible number of international treaties. It is included in over 300 conventions, and a brief survey of these is revealing from the point of view of the categories of conventions at stake, the location of the proposition relating to sustainable development, and the function attributed to it. References to sustainable development can indeed be found in 112 multilateral treaties, roughly 30 of which are aimed at universal participation. This points to a certain level of consensus among the international community concerning the relevance of sustainable development for international law.”).
- 25 Der Text des Abkommens ist beispielsweise erhältlich im Internet unter: <<https://www.dfat.gov.au/trade/agreements/not-yet-in-force/iacepa/iacepa-text/Pages/default.aspx>> (zuletzt besucht am 3. April 2020). Zur Funktion und Relevanz von Präambeln im Rahmen der Auslegung völkerrechtlicher Verträge vgl. unter anderem IGH, *Case Concerning Sovereignty over Pulau Ligitan and Pulau Sipadan* (Indonesia v. Malaysia), ICJ Reports 2002, 625 (652, para. 51); IGH, *Asylum Case* (Colombia v. Peru), ICJ Reports 1950, 266 (282); IGH, *Case Concerning Rights of Nationals of the United States of America in Morocco* (France v. USA), ICJ Reports 1952, 176 (196); Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, *Golder v. United Kingdom*, Application No. 4451/70, Urteil vom 25. Februar 1975, Rn. 34; *Gardiner*, *Treaty Interpretation*, 205 ff.; *Dörr*, in: *Dörr/Schmalenbach* (Hrsg.), *Vienna Convention on the Law of Treaties, A Commentary*, Article 31, Rn. 49.
- 26 Investment Cooperation and Facilitation Treaty between the Federal Republic of Brazil and the Republic of India of 25 January 2020, erhältlich im Internet unter: <<https://investmentpolicy.unctad.org/international-investment-agreements/treaties/bilateral-investment-treaties/4910/brazil---india-bit-2020->> (zuletzt besucht am 3. April 2020).
- 27 Zu diesem Aspekt vgl. z.B. *Beyerlin*, *Sustainable Development*, Rn. 1, in: *Wolftrum* (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 3. April 2020) („This diversification of SD [sustainable development] has resulted in confusion rather than clarity as regards its meaning and regulatory effect.“); sowie *ibid.*, Rn. 19 („As shown, SD is still highly susceptible to varied explanations. Its ‘normative language’ is ambiguous to such an extent that it cannot deploy any appreciable steering effect on States’ environmental behaviour.”); *Krajewski*, *Völkerrecht*, 367.
- 28 Siehe im Hinblick auf diese Wahrnehmung unter anderem *Viñuales*, *Review of European Community & International Environmental Law* 22 (2013), 3 (4) („Efforts toward sustainable development are failing. The reason is that the concept of ‘sustainable development’ no longer provides an adequate umbrella for the main challenge currently faced by

kontrovers diskutiert und, soweit ersichtlich, wohl überwiegend und im Prinzip auch aus guten Gründen eher mit Skepsis betrachtet.²⁹

Wenn wir schließlich die bisherige ganzheitliche Betrachtung der SDGs für einen Moment außer Betracht lassen und uns – gleichsam eine Mikroperspektive einnehmend – den einzelnen 17 SDGs und ihren insgesamt 169 Zielsetzungen („targets“) zuwenden, so können wir – und dies stellt den dritten Gesichtspunkt dar – eine weitere Dimension völkerrechtlicher Relevanz erkennen. Hierbei handelt es sich um die Rolle und den Status individueller SDGs bzw. Zielsetzungen als Ausdruck bereits bestehenden Völkerrechts; also eine entsprechende Relevanz in der Weise, dass die einzelnen Ziele sich nicht in dem Sinne als rechtskonstitutiv erweisen, dass sie neue internationalrechtliche Pflichten begründen, sondern weitgehend deklaratorisch Verhaltenserwartungen beinhalten und wiedergeben, an welche die Staaten und gegebenenfalls weitere Völkerrechtssubjekte ohnehin schon auf der Grundlage anderer völkerrechtlich verbindlicher Steuerungsmechanismen gebunden sind. Diese dritte – und somit primär feststellende bzw. bestätigende – Wirkungsdimension der SDGs soll hier anhand von drei Beispielen näher verdeutlicht werden.

Zunächst kann in diesem Zusammenhang zur Illustration auf den Regelungs- und Erwartungsgehalt des SDG 4 verwiesen werden, welches insgesamt die Ermöglichung und Sicherstellung von „inclusive and equitable quality education and promot[ing] lifelong learning opportunities for all“ zum Gegenstand hat. Die mit dieser Zielsetzung im Wesentlichen adressierte Verwirklichung des Menschenrechts auf Bildung stellt sich bekanntermaßen keineswegs als eine ausschließlich rechtspolitische Forderung dar, sondern findet ihren aktuellen positivrechtlichen Niederschlag in den normativen Ordnungsstrukturen des internationalen Systems bereits in dem nunmehr unstrittig als Bestandteil des Völkergewohnheitsrechts anerkannten Art. 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948³⁰ sowie nach-

global environmental governance: implementation. The very strengths of the concept are turning into fatal weaknesses. Vague enough to bring all States and other stakeholders to the negotiating table, ‘sustainable development’ was very successful in managing the political collision between ‘development’ and ‘environment’ throughout the 1980s and the 1990s. It was a formidable tool to find balance as well as for normative development, but it is inadequate to move forward to the next phase of implementation.”); sowie *ibid.*, 4 („Throughout its lifetime, the concept never stopped being what it had been since the beginning – namely a ‘diplomatic trick’ to unite all stakeholders under a common banner. In order to be effective it had, perforce, to have very limited content. Who would disagree with meeting the needs of the present without compromising those of future generations? Even the more elaborated version of the concept, as consisting of three pillars (environmental protection, economic development and social development), tells us little about what should be our strategic priorities in tackling environmental degradation or poverty.”).

- 29 Aus den mittlerweile sehr zahlreichen Beiträgen zu dieser Diskussion vgl. exemplarisch *Lowe*, in: Boyle/Freestone (Hrsg.), *International Law and Sustainable Development*, 19 (29-30) („There is, in short, no clear meaning that can be ascribed to the concept of sustainable development. It is subject to considerable uncertainty as to its exact meaning and scope. [...] For these reasons I find it hard to see that the concept of sustainable development can be regarded as having sufficient identifiable normative meaning to be capable of generating a self-contained norm of customary international law, no matter what its utility as a description of policy goals in international treaties might be. It lacks, in my view, a fundamentally norm-creating character. The argument that sustainable development is a norm of customary international law, binding on and directing the conduct of states, and which can be applied by tribunals, is not sustainable.”); *Krajewski*, *Völkerrecht*, 367 („Da das Prinzip in jedem Fall konkretisierungsbedürftig ist, dürfte eine Einordnung als gewohnheitsrechtliche Norm tatsächlich schwerfallen.”); *Birnie/Boyle/Redgwell*, *International Law and the Environment*, 115 ff.; *Kim*, *Review of European Community & International Environmental Law* 25 (2016), 15 (20 ff.); *Atapattu*, *Emerging Principles of International Environmental Law*, 182 ff.; *Beyerlin/Marauhn*, *International Environmental Law*, 79 ff., jeweils m.w.N.
- 30 Universal Declaration of Human Rights, UN Doc. GA-Res. 217 A (III) vom 10. Dezember 1948. Als Resolution der UN-Generalversammlung auf der Grundlage von Art. 10 UN-Charta kommt der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte selbst – ebenso wie der 2030 Agenda – keine unmittelbar rechtsverbindliche Wirkung zu. Gleichwohl ist ihr nicht nur eine hohe politisch-moralische Autorität sowie Signal- und Leitfunktion für die weitere Entwicklung des internationalen Menschenrechtsschutzes zuzumessen, vgl. hierzu u.a. *Friesenhahn*, *Schutz der Menschenrechte*, 29 ff.; *Tomuschat*, in: von Schorlemer (Hrsg.), *Praxishandbuch UNO*, 319 (320 f.); *Scheuner*, *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 13 (1950/51), 556 (559); *von Bernstorff*, *European Journal of International Law* 19 (2008), 903 ff.; *Krajewski*, *Völkerrecht*, 290 („Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte diente als Grundlage

folgend unter anderem in Art. 13 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte,³¹ Art. 28 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes,³² Art. 2 des Ersten Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention³³ sowie in Art. 17 Abs. 1 der Afrikanischen Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker.³⁴

Ein weiteres Beispiel bildet die Zielsetzung 6.1, welche die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für einen „universal and equitable access to safe and affordable drinking water for all“ bis zum Jahr 2030 vorsieht. Diese Realisierungsvorgabe kann als – im Wesentlichen deklaratorische – Bestätigung der nunmehr zu Recht in wachsendem Umfang konsentierten Existenz eines Menschenrechts auf Zugang zu Wasser angesehen werden, wie es unter anderem der Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen bereits in seinem am 26. November 2002 verabschiedeten General Comment No. 15 insbesondere unter Bezugnahme auf die Art. 11 und 12 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ausdrücklich anerkannt hat.³⁵

Schließlich kann im vorliegenden Kontext unter anderem auch auf die Zielsetzung 15.7 verwiesen werden, wonach die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sich zu „urgent action to end poaching and trafficking of protected species of flora and fauna and address both demand and supply of illegal wildlife products“ verpflichten. Hierbei handelt es sich um Bestrebungen, die ihre völkerrechtliche Manifestation im Grundsatz bereits seit längerem in Vertragsregimen wie beispielsweise dem Southern African Development Community Protocol on Wildlife Conservation and Law Enforcement,³⁶ dem Lusaka Agreement on Co-operative Enforcement Operations Directed at Illegal Trade in Wild Fauna and Flora³⁷ sowie der African Convention on the Conservation of Nature and Natural Resources³⁸ finden und überdies insbesondere auch in der jüngeren Praxis der Vertragsparteien und der Organe des multilateralen

der weiteren Kodifizierung von Menschenrechten auf internationaler Ebene in den folgenden Jahrzehnten.“); und *Stavrinides*, International Journal of Human Rights 3 (Nr. 2, 1999), 38 (48) („one of the most remarkable and influential political documents of all times“). Vielmehr kann die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte auch in Bezug auf ihre wesentlichen inhaltlichen Aussagen Geltung als Völkergewohnheitsrecht beanspruchen, vgl. hierzu nur *Riedel/Arend*, in: Simma/Khan/Nolte/Paulus (Hrsg.), Charter of the United Nations, Bd. 2, Art. 55 (c), Rn. 30 ff.; *Friesenhahn*, Schutz der Menschenrechte, 29 ff.; *von Arnould*, Völkerrecht, Rn. 611; *Nettesheim*, in: Merten/Papier (Hrsg.), Handbuch der Grundrechte, Bd. VI/2, § 173, Rn. 21 ff., 38 ff., jeweils m.w.N.

- 31 Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19. Dezember 1966, abgedruckt in: BGBl. 1973 II, 1570.
- 32 Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20. November 1989, abgedruckt in: BGBl. 1992 II, 122, mit nachfolgenden Änderungen.
- 33 Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950, abgedruckt in: BGBl. 1952 II, 685, mit nachfolgenden Änderungen.
- 34 Afrikanische Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker vom 27. Juni 1981, unter anderem abgedruckt in: *Hummer/Karl*, Regionaler Menschenrechtsschutz, Bd. I/2, 953 ff. Allgemein und eingehender zum Menschenrecht auf Bildung siehe überdies beispielsweise *Delbrück*, German Yearbook of International Law 35 (1992), 92 ff.; *Beiter*, The Protection of the Right to Education by International Law, 17 ff.
- 35 UN Economic and Social Council, Committee on Economic, Social and Cultural Rights, General Comment No. 15 (The Right to Water), UN Doc. E/C.12/2002/11 vom 20. Januar 2003. Allgemein zu den völkerrechtlichen Grundlagen und dem Inhalt des Menschenrechts auf Zugang zu Wasser vgl. unter anderem *Laskowski*, Das Menschenrecht auf Wasser, 61 ff.; *Kirschner*, Max Planck Yearbook of United Nations Law 15 (2011), 445 ff.; *Nowrot/Wardin*, Liberalisierung der Wasserversorgung in der WTO-Rechtsordnung, 6 ff.; *McCaffrey*, Georgetown International Environmental Law Review 5 (1992), 1 ff., jeweils m.w.N.
- 36 SADC Protocol on Wildlife Conservation and Law Enforcement vom 18. August 1999, erhältlich im Internet unter: <[<https://www.sadc.int/documents-publications/show/Protocol%20on%20Wildlife%20Conservation%20and%20Law%20Enforcement%20\(1999\)>](https://www.sadc.int/documents-publications/show/Protocol%20on%20Wildlife%20Conservation%20and%20Law%20Enforcement%20(1999)) (zuletzt besucht am 3. April 2020).
- 37 Lusaka Agreement on Co-operative Enforcement Operations Directed at Illegal Trade in Wild Fauna and Flora vom 8. September 1994, 1950 UNTS 35. Vgl. hierzu auch beispielsweise *Kasimbazi*, in: Faure/De Smedt/Stas (Hrsg.), Environmental Enforcement Networks – Concepts, Implementation and Effectiveness, 239 ff.
- 38 African Convention on the Conservation of Nature and Natural Resources vom 11. Juli 2003, erhältlich im Internet unter: <[<https://au.int/en/treaties/african-convention-conservation-nature-and-natural-resources-revised-version>](https://au.int/en/treaties/african-convention-conservation-nature-and-natural-resources-revised-version) (zuletzt besucht am 3. April 2020).

„flagship wildlife agreement“,³⁹ der Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora,⁴⁰ in wachsendem Umfang Beachtung und normative Verwirklichung erfahren.⁴¹

C. Nachhaltigkeitsvoraussetzungen:

Zu den Grenzen der gesellschaftlichen Transformationsrelevanz einer völkerrechtlichen Verortung der SDGs

Die Ausführungen in dem vorangegangenen Abschnitt haben anhand einer Reihe von Beispielen zu veranschaulichen versucht, dass die SDGs – trotz des prinzipiell unverbindlichen Charakters der 2030 Agenda selbst – unter gewissen Voraussetzungen und in bestimmten Konstellationen als Ganzes oder zumindest in Bezug auf einzelne von ihnen erfasste und verfolgte Zielsetzungen auch bereits gegenwärtig völkerrechtliche Verbindlichkeit bzw. Relevanz aufweisen.⁴² Trotz dieses Befundes stellt sich – aus einer übergreifenden Perspektive betrachtet – aber auch die Frage nach den möglichen Grenzen der gesellschaftlichen Transformationsrelevanz einer solchen völkerrechtlichen Verortung der SDGs.

Zweifelsohne handelt es sich bei der Identifikation und inhaltlichen Ausmessung des Rechtscharakters der in den SDGs enthaltenen Zielsetzungen um eine sowohl aus rechtswissenschaftlicher als auch aus rechtspraktischer Perspektive durchaus wichtige Fragestellung. Gleichwohl soll hier im Folgenden die Auffassung vertreten und etwas näher dargelegt werden, dass wir uns gerade im Hinblick auf das vorliegend interessierende Transformationspotential der SDGs nicht allein – und vielleicht nicht einmal primär – auf die Thematik ihrer völkerrechtlichen Verbindlichkeit konzentrieren sollten, weil wir damit sonst möglicherweise dem wohl etwas trügerischen Schluss aufliegen würden, dass auf diese Weise das gesellschaftliche Transformationspotential der SDGs – gleichsam wie mit einer Art von normativem „Zauberstab“ – quasi ins Unermessliche gesteigert wird. Zur Illustration und Verdeutlichung der Auffassung, dass die Bedeutung des Rechtscharakters der in den SDGs enthaltenen Zielvorgaben für ihre Verwirklichung in der gesellschaftlichen Realität nicht überbewertet werden sollte, dass also – mit anderen Worten – die Frage nach ihrer völkerrechtlichen Verbindlichkeit jedenfalls nicht den einen zentralen Transformationsmotor bildet, sollen hier im Folgenden wiederum exemplarisch drei Aspekte hervorgehoben werden.

Zunächst sieht sich eine Fokussierung auf die Frage der internationalen Rechtsverbindlichkeit der SDGs als analytische Vorgehensweise potentiell der Gefahr ausgesetzt, die im

39 *Reeve*, Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 63 (2003), 333; vgl. überdies auch *Reeve*, in: Ulfstein/Marauhn/Zimmermann (Hrsg.), *Making Treaties Work*, 134; sowie z.B. *Maher/Sollund*, in: Sollund/Stefes/Germani (Hrsg.), *Fighting Environmental Crime in Europe and Beyond*, 99 (113); *Cheung*, *Pacific Rim Law & Policy Journal* 5 (1995), 125 (127).

40 Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora vom 3. März 1973, 993 UNTS 243. Allgemein und eingehender zum so genannten „Washingtoner Artenschutzabkommen“ siehe statt vieler *Sand*, *Archiv des Völkerrechts* 54 (2016), 561 ff.; *Markus*, in: Proelß (Hrsg.), *Internationales Umweltrecht*, 321 (356 ff.), jeweils m.w.N.

41 Zu diesen Steuerungsbemühungen vgl. unter anderem CITES Resolution Conf. 17.4 (Demand reduction strategies to combat illegal trade in CITES listed species) of September/October 2016; *Wiersema*, *Journal of International Wildlife Law & Policy* 20 (2017), 207 ff.; *Sand*, *Asia Pacific Journal of Environmental Law* 20 (2017), 5 ff.; *Zimmerman*, *Vanderbilt Journal of Transnational Law* 36 (2003), 1657 ff.; *van Asch*, in: Elliott/Schaedla (Hrsg.), *Handbook of Transnational Environmental Crime*, 469 ff.; *Nowrot*, in: Peters/Kolb/de Hemptinne (Hrsg.), *The Protection of Animals in Wartime* (im Erscheinen).

42 Vgl. hierzu *supra* unter B.

Einzelfall durchaus signifikante normative Steuerungsrelevanz des so genannten „soft law“⁴³ im internationalen System zu unterschätzen. Auch wenn die Verwendung dieses Terminus gelegentlich auf zum Teil deutliche Kritik gestoßen ist,⁴⁴ hat sich der Ausdruck „soft law“ doch allgemein im wissenschaftlichen Schrifttum zur Beschreibung von solchen Rechtsercheinungen im internationalen System durchgesetzt, welche sich gerade durch ihren zunächst für sich genommen rechtlich unverbindlichen und damit „weichen“ Charakter auszeichnen.⁴⁵ Zum Kreis dieser *prima facie* keine völkerrechtliche Relevanz aufweisenden Äußerungen von Staaten und internationalen Organisationen im internationalen System⁴⁶ gehören in prominenter Weise auch Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen⁴⁷ wie die vorliegend relevante Resolution 70/1 „Transforming Our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development“ vom 25. September 2015.⁴⁸

Es ist zu Recht bereits verschiedentlich betont worden, dass die normative Steuerung im internationalen System allgemein im Prinzip schon seit langem in vielschichtiger Weise gerade auch durch Verhaltensvorgaben geprägt ist, die sich nicht ohne weiteres beziehungsweise überhaupt nicht auf die nach herkömmlicher Auffassung als Rechtssetzungsprozesse im engeren Sinne qualifizierten Normgebungsverfahren zurückführen lassen.⁴⁹ Darüber hinaus kommt dem Steuerungsphänomen des „soft law“ aber in besonderem Maße in jüngerer Zeit

- 43 Der Ausdruck „soft law“ ist wahrscheinlich auf den britischen Völkerrechtler *Lord McNair* zurückzuführen, vgl. nur *Wengler*, *Juristen-Zeitung* 31 (1976), 193 (195, Fn. 19); *Thürer*, *Soft Law*, Rn. 5, in: Wolfrum (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 3. April 2020); *Hillgenberg*, *European Journal of International Law* 10 (1999), 499 (500); *Marquier*, *Soft Law*, 28; *Kolvenbach*, *Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht* 15 (1986), 47 (49); *Heusel*, „Weiches“ Völkerrecht, 23, m.w.N.
- 44 Vgl. in diesem Zusammenhang besonders deutlich *Vogel*, *Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer* 36 (1978), 145 („Im Verlauf unserer Debatte ist mir der Begriff [des soft law] mehr und mehr unheimlich geworden. Er ist gewiß ein ‚Ohrwurm‘, der sich gefällig anbietet, zumal er auch von der unangenehmen Verpflichtung zur Präzision entbindet. Möglicherweise ist er aber ein höchst gefährlicher Begriff.“); ähnlich *Augsberg*, *Rechtsetzung zwischen Staat und Gesellschaft*, 36 („Der Begriff ist als paradox abzulehnen; [...]“); *Klabbers*, *Nordic Journal of International Law* 65 (1996), 167 ff.; *ders.*, *Nordic Journal of International Law* 67 (1998), 381 ff.; *Weil*, *American Journal of International Law* 77 (1983), 413 (414 ff., insb. Fn. 7); *Raustiala*, *American Journal of International Law* 99 (2005), 581 (586 ff.); *Blutman*, *International and Comparative Law Quarterly* 59 (2010), 605 (623 ff.).
- 45 Im Hinblick auf die umfangreiche Diskussion dieses Rechtsphänomens im Schrifttum siehe beispielsweise *Tietje*, *Internationalisiertes Verwaltungshandeln*, 255 ff.; *Thürer*, *Zeitschrift für Schweizerisches Recht N.F.* 104 (1985), 429 ff.; *Tomuschat*, *Recueil des Cours* 281 (1999), 9 (349 ff.); *Zemanek*, in: Hafner u.a. (Hrsg.), *Liber Amicorum Seidl-Hohenveldern*, 843 ff.; *Chinkin*, *International and Comparative Law Quarterly* 38 (1989), 850 ff.; *dies.*, in: Shelton (Hrsg.), *Commitment and Compliance*, 21 (25 ff.); *O’Connell*, in: *ibid.*, 100 ff.; *Charney*, in: *ibid.*, 115 ff.; *Bothe*, *Netherlands Yearbook of International Law* 11 (1980), 65 ff.; *Senden*, *Soft Law*, 107 ff.; *Weiß*, *Archiv des Völkerrechts* 53 (2015), 220 (239 ff.); *Shaffer/Pollack*, *Minnesota Law Review* 94 (2010), 706 ff.; *Knauff*, *Der Regelungsverbund*, 211 ff.; *Di Robilant*, *American Journal of Comparative Law* 54 (2006), 499 ff.; *Hillgenberg*, *European Journal of International Law* 10 (1999), 499 ff.; *Heusel*, „Weiches“ Völkerrecht, 21 ff., jeweils m.w.N.
- 46 Nach verschiedentlich und richtigerweise vertretener Auffassung im Schrifttum umfasst der Begriff „soft law“ im internationalen Kontext ausschließlich von Staaten und internationalen Organisationen hervorgebrachte Rechtsercheinungen. Er bezieht sich somit nicht auf internationale Standards und andere Steuerungsinstrumente, die von privaten Organisationen beziehungsweise zumindest unter unmittelbarer und weitgehend gleichberechtigter Beteiligung nicht-staatlicher Akteure von intermediären Institutionen geschaffen worden sind. Siehe hierzu unter anderem *Thürer*, *Zeitschrift für Schweizerisches Recht N.F.* 104 (1985), 429 (434) („Nicht erfaßt [vom Begriff des „soft law“] werden dagegen durchaus vergleichbare Regelungen privater Institutionen wie etwa die von der Internationalen Handelskammer zusammengestellten internationalen Handelsbräuche und Handelssitten.“); *Engel*, *Völkerrecht als Tatbestandsmerkmal*, 244 f.; *Nowrot*, in: *Tietje* (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, § 2, Rn. 88; anders allerdings beispielsweise *Giegerich*, *Berichte der Deutschen Gesellschaft für Internationales Recht* 46 (2014), 101 (111); *Kirton/Trebilcock*, in: *dies.* (Hrsg.), *Hard Choices*, *Soft Law*, 3 (9).
- 47 Exemplarisch statt vieler *Thürer*, *Soft Law*, Rn. 11, in: Wolfrum (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 3. April 2020).
- 48 So unter anderem *Kim*, *Review of European Community & International Environmental Law* 25 (2016), 15 (16).
- 49 Vgl. hierzu schon *Delbrück*, in: *Nerlich/Rendtorff* (Hrsg.), *Nukleare Abschreckung*, 353 (358 ff.); ebenso *Tietje*, *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 24 (2003), 27 (31 f.); *ders.*, *Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft* 101 (2002), 404 (417).

auf transnationaler Ebene eine wachsende Bedeutung zu.⁵⁰ Die Gründe für diese Entwicklung sind im Einzelnen vielfältig.⁵¹ Zum einen bietet „soft law“ im Unterschied zu den gelegentlich schwerfälligen klassischen völkerrechtlichen Rechtssetzungsprozessen die Möglichkeit, innerhalb eines überschaubaren Zeitraums in flexibler Weise auf neu auftretende Problemfelder zu reagieren und das Verhalten der Akteure zumindest in gewissem Umfang einer normativen Steuerung zu unterwerfen.⁵² Vor dem Hintergrund der – unter anderem mangels genauer naturwissenschaftlicher Erkenntnisse – gelegentlich bestehenden Unsicherheit über eine effektive Regelungsstrategie bietet „soft law“ zum anderen einen geeigneten Ansatz für Versuche der Regelbegründung und ihrer Erprobung in der Praxis bereits im Vorfeld oder anstelle traditioneller völkerrechtlicher Regelungen.⁵³ „Soft law“ leistet somit aufgrund seines im Wesentlichen rechtsstützenden und rechtsergänzenden Charakters einen wichtigen Beitrag zur Verfestigung des normativen Ordnungszustands im gegenwärtigen internationalen System.⁵⁴

Von besonderer Bedeutung ist schließlich im vorliegenden Kontext der Umstand, dass – obgleich die Kategorie des internationalen „soft law“ sich zunächst einmal gerade durch ihre völkerrechtliche Unverbindlichkeit auszeichnet – es sich hierbei, erstens, nicht um ein allein außerrechtliches Phänomen handelt und überdies, zweitens, sein tatsächliches Verwirklichungspotential in der sozialen Realität politischer Gemeinwesen und ihrer transnationalen Interaktionen durch dieses Charakteristikum nicht notwendigerweise beeinträchtigt wird. Vielmehr ist zu Recht bereits verschiedentlich im Schrifttum darauf hingewiesen worden, dass auch „soft law“-Instrumenten wie namentlich den SDGs und damit Erscheinungsformen „weichen“ Rechts in erheblichem Umfang sowohl normative Relevanz als auch faktische Effektivität im Rahmen der Verhaltenssteuerung im internationalen System zukommen kann.⁵⁵ Diesen Befund hat beispielsweise *Christoph Möllers* in sehr eindringlicher – wenngleich wohl in der Sache doch etwas überzeichneter – Weise folgendermaßen zum Ausdruck gebracht: „Aus den internationalen Beziehungen ist bekannt, dass die Beschränkung auf informelle und

- 50 Siehe exemplarisch *Meyer*, *European Journal of International Law* 27 (2016), 161 (162) („In short, we are living in an age in which soft law – non-binding rules that have legal consequences – is assuming an increasingly important place in international governance.”); ähnlich auch unter anderem *Pauwelyn/Wessel/Wouters*, *European Journal of International Law* 25 (2014), 733 (734 ff.); *Shelton*, *American Journal of International Law* 100 (2006), 291 (319 ff.); *Pronto*, *Vanderbilt Journal of Transnational Law* 48 (2015), 941 (945); sowie *Calliess/Zumbansen*, *Rough Consensus and Running Code*, 271 („deeper trend towards a *deformalisation* of international law”) (Hervorhebung im Original).
- 51 Eingehender zu den Gründen für die wachsende Bedeutung von „soft law“-Phänomenen im internationalen System *Abbott/Snidal*, *International Organization* 54 (2000), 421 (434 ff.); *Tietje*, *Internationalisiertes Verwaltungshandeln*, 263 f.; *Knauff*, *Der Regelungsverbund*, 248 ff.; *Thürer*, *Zeitschrift für Schweizerisches Recht N.F.* 104 (1985), 429 (431 ff.); *Marquier*, *Soft Law*, 43 ff.; *Guzman*, *European Journal of International Law* 16 (2005), 579 (591 ff.); *Shelton*, in: dies. (Hrsg.), *Commitment and Compliance*, 1 (11 ff.); *Boyle*, *International and Comparative Law Quarterly* 48 (1999), 901 (902 ff.).
- 52 So beispielsweise *Tietje*, *Internationalisiertes Verwaltungshandeln*, 264; *Tomuschat*, *Recueil des Cours* 281 (1999), 9 (349); *Thürer*, *Zeitschrift für Schweizerisches Recht N.F.* 104 (1985), 429 (431 ff.); *Hafner*, in: Griller (Hrsg.), *International Economic Governance*, 149 (165); *Kolvenbach*, *Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht* 15 (1986), 47 (49); *Kaltenborn*, *Entwicklungsvölkerrecht*, 99 f.
- 53 Vgl. zu diesem Aspekt *Thürer*, *Zeitschrift für Schweizerisches Recht N.F.* 104 (1985), 429 (452); *Tietje*, *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 24 (2003), 27 (41); sowie eingehend *Abbott/Snidal*, *International Organization* 54 (2000), 421 (441 ff.).
- 54 So besonders deutlich schon *Thürer*, *Zeitschrift für Schweizerisches Recht N.F.* 104 (1985), 429 (451 f.); ähnlich *ders.*, *Soft Law*, Rn. 34, in: Wolfrum (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 3. April 2020); *Tietje*, *Internationalisiertes Verwaltungshandeln*, 263 f.; *Zemanek*, in: Hafner u.a. (Hrsg.), *Liber Amicorum Seidl-Hohenveldern*, 843 (861); *Kaltenborn*, *Entwicklungsvölkerrecht*, 100.
- 55 Vgl. allgemein beispielsweise *Tietje*, *Internationalisiertes Verwaltungshandeln*, 257 ff.; *Thürer*, *Soft Law*, Rn. 25 ff., in: Wolfrum (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 3. April 2020); *Möllers*, *Gewaltengliederung*, 304 f.; *Tomuschat*, in: Makarczyk (Hrsg.), *Essays in Honour of Krzysztof Skubiszewski*, 563 (567 ff.); sowie unter anderem bereits *Baxter*, *International and Comparative Law Quarterly* 29 (1980), 549 (564 ff.).

konsensuale Formen der Regulierung [...] deren Durchsetzungschancen im Vergleich zu formellen Bindungen nicht verringert. Im internationalen Recht hat sich mit Blick auf soft law vielmehr die Einsicht durchgesetzt, dass die Durchsetzungschance einer Norm völlig unabhängig von der Frage zu beurteilen ist, ob diese Norm eine juristisch anerkanntswerte Rechtsbindung beanspruchen kann oder nicht [...].⁵⁶

Darüber hinaus, und dies stellt den zweiten Gesichtspunkt dar, ist zu konstatieren, dass, aus einer eher strukturellen bzw. konzeptionellen Perspektive betrachtet, eine weitgehende Konzentration auf die Thematik der völkerrechtlichen Verbindlichkeit der SDGs zu einer potentiell problematischen Wahrnehmung im Hinblick auf das Verhältnis der einzelnen SDGs und ihrer Zielsetzungen zueinander führen kann, welche das gesellschaftliche Transformationspotential der SDGs insgesamt tendenziell möglicherweise sogar eher vermindert als erhöht.

Die 17 SDGs und ihre 169 Zielsetzungen werden im Rahmen der Erklärung zur 2030 Agenda for Sustainable Development gleich mehrfach als „integrated and indivisible“ bezeichnet.⁵⁷ Diese Charakterisierung lässt sich wohl nur in der Weise interpretieren, dass nach dem Willen der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen alle diese Ziele insbesondere auch im Hinblick auf ihre Verwirklichung als prinzipiell gleichrangig zu behandeln sind, also gerade kein Hierarchieverhältnis zwischen ihnen besteht.⁵⁸ Diese nichthierarchische Struktur als eine der zentralen Ordnungsideen der 2030 Agenda spiegelt natürlich in erster Linie einen Kompromiss wider, welcher zweifelsohne die Einigung über die große Zahl an aufzunehmenden Zielsetzungen in der Ausarbeitungsphase sowie die nachfolgende Annahme dieses Dokuments im Konsens erheblich erleichtert bzw. begünstigt hat.

Gleichwohl sind mit diesem Postulat der Gleichrangigkeit auch Herausforderungen im Zusammenhang mit der Umsetzung der SDGs in der Praxis verbunden. Zum einen kann es nicht verhindern, dass die einzelnen SDGs und ihre Zielsetzungen im Rahmen der Prozesse ihrer gesamtgesellschaftlichen Verwirklichung dennoch weiterhin miteinander um begrenzte Realisierungsressourcen wie öffentliche Aufmerksamkeit und vor allem auch notwendige finanzielle Mittel konkurrieren. Zum anderen ist zu berücksichtigen, dass im Zusammenhang mit der Umsetzung auch Konflikte zwischen den Zielsetzungen entstehen können. Die einzelnen SDGs harmonisieren also nicht in jeder Situation miteinander, sondern können durchaus auch in einem Spannungsverhältnis zueinanderstehen. Dies gilt umso mehr, als einige SDGs in vollumfänglicher Weise zunächst einmal nur auf Kosten anderer Zielsetzungen realisiert werden können.⁵⁹ Entsprechende Konstellationen sind im Schrifttum bereits verschiedentlich identifiziert worden.⁶⁰

56 Möllers, in: Schuppert/Zürn (Hrsg.), Governance in einer sich wandelnden Welt, 238 (242).

57 Vgl. beispielsweise UN General Assembly Resolution 70/1, Transforming Our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development, UN Doc. A/RES/70/1 of 21 October 2015, Rn. 5 („These are universal goals and targets which involve the entire world, developed and developing countries alike. They are integrated and indivisible and balance the three dimensions of sustainable development.“); *ibid.*, Rn. 18 („We are announcing today 17 Sustainable Development Goals with 169 associated targets which are integrated and indivisible.“); *ibid.*, Rn. 55 („The Sustainable Development Goals and targets are integrated and indivisible, global in nature and universally applicable, taking into account different national realities, capacities and levels of development and respecting national policies and priorities.“).

58 So auch beispielsweise bereits Kim, Review of European Community & International Environmental Law 25 (2016), 15 (17).

59 Vgl. in diesem Zusammenhang auch unter anderem schon International Council for Science/International Social Science Council, Review of Targets for the Sustainable Development Goals: The Science Perspective, 2015, 85 („One of the key challenges likely to emerge is the large volume and complexity of a diverse set of socioeconomic and environmental data and indicators, which may sometimes provide inconsistent or even conflicting perspectives on progress.“).

60 Exemplarisch statt vieler Kim, Review of European Community & International Environmental Law 25 (2016), 15 (19) („The task of balancing the competing interests is not an easy one, and requires difficult choices on the part of States and relevant international organizations. Take the example of the global priority of feeding everyone (Goal 2). Under business as usual, this policy imperative is likely to translate into a greater demand for fertilizers, which in turn will increase pollutant or nutrient run-off into terrestrial or marine ecosystems (Goals 14 and 15). Measures identified in

Das Auftreten solcher Spannungsverhältnisse bzw. Konfliktkonstellationen zwischen einzelnen SDGs stellt dabei kein grundsätzliches Problem dar. Aus rechtsdogmatischer Perspektive ist es in solchen Situationen vielmehr bekanntermaßen regelmäßig angezeigt, die im Einzelfall konfligierenden gleichrangigen Zielsetzungen im Hinblick auf ihre Implementierung in der Praxis in einen angemessenen Ausgleich im Sinne der Herstellung einer praktischen Konkordanz zu bringen.⁶¹

Den normstrukturellen Hintergrund für diesen Ausgleichs- und Abwägungsansatz bildet hierbei unter anderem die in der Rechtstheorie lange Zeit intensiv und kontrovers diskutierte Wahrnehmung von Prinzipien⁶² – vorliegend in Gestalt der SDGs und ihrer Zielsetzungen – als solche Normen, die im Unterschied zu Regeln fordern, dass „etwas in einem relativ auf die rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten möglichst hohen Maße realisiert wird“. Sie stellen damit „Optimierungsgebote“ dar, welche sich dadurch auszeichnen, „daß sie in unterschiedlichen Graden erfüllt werden können und daß das gebotene Maß ihrer Erfüllung nicht nur von den tatsächlichen, sondern auch von den rechtlichen Möglichkeiten“ namentlich in Gestalt gegenläufiger Prinzipien bestimmt wird.⁶³

Der Umstand, dass Prinzipien im Gegensatz zu Regeln „keine *definitiven*, sondern nur *prima facie*-Gebote“ enthalten,⁶⁴ spiegelt sich insbesondere in dem methodischen Ansatz zur Lösung von entsprechenden Normkollisionen wider. Hierzu sei vorliegend wiederum insbesondere auf die entsprechenden Überlegungen *Robert Alexys* verwiesen, welche sich weitgehend an den bereits von *Ronald Dworkin*⁶⁵ herausgearbeiteten Befunden orientieren: „Wenn zwei Prinzipien kollidieren, [...], muß eines der beiden Prinzipien zurücktreten. Dies bedeutet aber nicht, daß das zurücktretende Prinzip für ungültig zu erklären, noch, daß in das zurücktretende Prinzip eine Ausnahmeklausel einzubauen ist. Vielmehr geht das eine Prinzip dem anderen unter bestimmten Umständen vor. Unter anderen Umständen kann die Vorrangfrage umgekehrt zu lösen sein. Dies ist gemeint, wenn gesagt wird, daß Prinzipien in konkreten

target 2.4, that is, to promote ‘sustainable food production systems’ and ‘resilient agricultural practices’, may address food security and the environment at the same time. Importantly, however, such measures may not necessarily be those that are most efficient in the economic sense.”); *ibid.*, 20 („Striking a balance between the competing demands of development and environmental protection has always been at the crux of the sustainable development challenge. As equal priorities, however, the SDGs *per se* provide little guidance as to where the balance lies between, for example, food security and environmental integrity.”).

61 Siehe beispielsweise aus der Praxis des Bundesverfassungsgerichts zum Prinzip praktischer Konkordanz unter anderem BVerfGE 93, 1 (21); 116, 1 (21); 122, 89 (107). grundlegend zur Ordnungsidee praktischer Konkordanz selbst *Hesse*, Grundzüge des Verfassungsrechts, Rn. 317 ff.

62 Eingehender zu den entsprechenden Diskussionen statt vieler *Nowrot*, Das Republikprinzip in der Rechtsordnungsgemeinschaft, 506 ff. m.w.N.

63 *Alexy*, Theorie der Grundrechte, 75 f.; ebenso z.B. *ders.*, Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie 95 (2009), 151 (164); *ders.*, in: Jickeli/Kreutz/Reuter (Hrsg.), Gedächtnisschrift für Jürgen Sonnenschein, 771 f.; *ders.*, in: Schilcher/Koller/Funk (Hrsg.), Regeln, Prinzipien und Elemente, 31 (32); *ders.*, in: Dreier (Hrsg.), Rechtspositivismus und Wertbezug des Rechts, 9 (21).

64 *Alexy*, Theorie der Grundrechte, 88 (Hervorhebungen im Original); siehe auch *ders.*, in: Schliesky/Ernst/Schulz (Hrsg.), Festschrift für Edzard Schmidt-Jortzig, 3.

65 Siehe unter anderem *Dworkin*, Taking Rights Seriously, 26 („A principle [...] does not even purport to set out conditions that make its application necessary. Rather, it states a reason that argues in one direction, but does not necessitate a particular decision. [...] There may be other principles or policies arguing in the other direction [...]. If so, our principle may not prevail, but that does not mean that it is not a principle of our legal system, because in the next case, when these contravening considerations are absent or less weighty, the principle may be decisive.”); vgl. auch z.B. *ibid.*, 72 („I argued that principles, [...], conflict and interact with one another, so that each principle that is relevant to a particular legal problem provides a reason arguing in favor for, but does not stipulate, a particular solution. The man who must decide the problem is therefore required to assess all of the competing and conflicting principles that bear upon it, and to make a resolution of these principles rather than identifying one among others as ‘valid’.”). Für eine eingehendere Darstellung und Auseinandersetzung mit den prinzipientheoretischen Überlegungen *Dworkins* vgl. *Alexy*, in: Krawietz u.a. (Hrsg.), Argumentation und Hermeneutik, 59 ff.; *Borowski*, Grundrechte als Prinzipien, 72 ff.; *Bittner*, Recht als interpretative Praxis, 118 ff.; *Heinold*, Die Prinzipientheorie bei Ronald Dworkin und Robert Alexy, 77 ff., m.w.N.

Fällen unterschiedliche Gewichte haben und daß das Prinzip mit dem jeweils größeren Gewicht vorgeht.“⁶⁶ Da somit „zwischen den Prinzipien eines Systems keine absoluten, sondern nur bedingte Vorrangrelationen bestehen“,⁶⁷ ist ihre rechtspraktische Anwendungsform im konkreten Fall diejenige der Abwägung.⁶⁸ Prinzipien wie im vorliegenden Kontext die SDGs und ihre zahlreichen Unterzielsetzungen sind also als Optimierungsgebote in zentraler Weise durch ihre grundsätzliche Gleichrangigkeit sowie – hierdurch in Fällen von Normkollisionen bedingt – gerade auch ihre Abwägungsfähigkeit und -bedürftigkeit gekennzeichnet.

Ein solcher auf einen angemessenen Ausgleich normhierarchisch gleichrangiger Zielsetzungen im Wege einer Abwägung im Einzelfall abzielender methodischer Kollisionslösungsansatz würde jedoch insbesondere dann strukturell weitgehend unmöglich gemacht, wenn sich im Rahmen der Fokussierung auf die Frage einer völkerrechtlichen Verbindlichkeit der SDGs erweisen sollte, dass – und dies erscheint in der Tat sehr naheliegend⁶⁹ – einige der Zielsetzungen weitgehend deklaratorisch Verhaltenserwartungen beinhalten und wiedergeben, an welche die Staaten ohnehin schon auf der Basis anderer völkerrechtlich verbindlicher Steuerungsmechanismen gebunden sind, wohingegen andere Einzelbestandteile der SDGs lediglich politische Ziele zum Ausdruck bringen, welche noch keine Grundlage im geltenden Völkerrecht haben.

Die vor diesem Hintergrund aus juristischer Perspektive zu konstatierende binäre Differenzierung zwischen rechtsverbindlichen Einzelzielsetzungen und rechtlich unverbindlichen Vorgaben innerhalb der SDGs und damit die Möglichkeit bzw. Notwendigkeit einer Hierarchisierung würde sich jedoch der Gefahr aussetzen, zu einer potentiell problematischen Wahrnehmung im Hinblick auf das Verhältnis der einzelnen SDGs und ihrer Zielsetzungen zueinander zu führen, die – wie soeben dargelegt – mit dem übergeordneten Struktur- und Steuerungsansatz sowie gleichsam dem „Spirit“ der 2030 Agenda kaum vereinbar wäre und das gesellschaftliche Transformationspotential der SDGs insgesamt tendenziell eher reduzieren würde.

Schließlich, und dies bildet den dritten und letzten Gesichtspunkt, soll hier auch noch zumindest kurz die Relevanz eines Realisierungsfaktors hervorgehoben werden, welcher mit dem Begriff der Nachhaltigkeitsvoraussetzungen in adäquater Weise erfasst werden kann und nach vorliegend vertretener Auffassung einen wesentlichen Beitrag zur Optimierung des gesellschaftlichen Transformationspotentials der SDGs leistet. Die Vorstellung und Ordnungsidee der Nachhaltigkeitsvoraussetzungen ist dabei im vorliegenden Kontext inspiriert durch bzw. angelehnt an das Konzept der Verfassungsvoraussetzungen, welches in Teilen des staatsrechtlichen Schrifttums – und zumindest in Ansätzen auch in der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung⁷⁰ – namentlich in Deutschland⁷¹ bereits seit einiger Zeit eine gewisse Prominenz für sich beanspruchen kann.

Den Kern der Idee der Verfassungsvoraussetzungen bzw. der – hiervon „nicht scharf zu

66 Alexy, *Theorie der Grundrechte*, 78 f.

67 Alexy, in: Schilcher/Koller/Funk (Hrsg.), *Regeln, Prinzipien und Elemente*, 31 (34).

68 Alexy, *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie* 95 (2009), 151 (164); so auch bereits *ders.*, *Begriff und Geltung des Rechts*, 120; *ders.*, in: Dreier (Hrsg.), *Rechtspositivismus und Wertbezug des Rechts*, 9 (21).

69 Vgl. hierzu *supra* unter B.

70 Siehe in diesem Zusammenhang im Hinblick auf das Konzept der Verfassungserwartungen beispielsweise BVerfGE 124, 300 (320) („Die Bürger sind dabei rechtlich auch nicht gehalten, die der Verfassung zugrunde liegenden Wertsetzungen persönlich zu teilen. Das Grundgesetz baut zwar auf der Erwartung auf, dass die Bürger die allgemeinen Werte der Verfassung akzeptieren und verwirklichen, erzwingt die Werteloyalität aber nicht [...]“).

71 Zur spezifischen Prominenz dieser Kategorien in den Diskursen der deutschen Staatsrechtslehre beispielsweise deutlich Möllers, *Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer* 68 (2009), 47 (52) (Sie „erweist sich so als typisches Kind deutscher Verfassungserfahrungen, nämlich des Wechsels der Verfassungsordnungen vor dem Hintergrund eines gleichbleibenden staatlichen Rechtssubjekts. Der Begriff Verfassungsvoraussetzung ist deswegen im Rechtsvergleich gänzlich unbekannt.“).

unterscheiden[den]⁷² – Verfassungserwartungen bildet die Vorstellung, dass moderne freiheitliche Verfassungsstaatlichkeit nicht allein – und nicht einmal primär – mit Hilfe juristischer Instrumentarien, insbesondere nicht unter Rekurs auf die „typisch staatlichen Mittel von Befehl und Zwang“,⁷³ realisiert und in nachhaltiger Weise aufrecht erhalten werden kann, sondern vielmehr immer auch in zentraler Weise angewiesen ist auf das Vorhandensein einer – in Anlehnung an eine Formulierung *Ernst Friesenhahns* – möglichst „breiten Schicht verantwortungsbewusster Bürger“,⁷⁴ die freiwillig dazu bereit sind, an der Verwirklichung des Gemeinwohls⁷⁵ in einem politischen Gemeinwesen aktiv mitzuwirken.⁷⁶

Im Lichte dieses Begriffsverständnisses ist es denn auch kaum verwunderlich, dass gerade in diesem Zusammenhang ebenfalls regelmäßig auf die – ohnehin vielzitierte⁷⁷ – folgende Feststellung *Ernst-Wolfgang Böckenfördes* Rückgriff genommen wird: „So stellt sich die Frage nach den bindenden Kräften von neuem und in ihrem eigentlichen Kern: *Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann*. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist. Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft reguliert. Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots, zu garantieren suchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben und – auf säkularisierter Ebene – in jenen Totalitätsanspruch

- 72 So allgemein bereits *Krüger*, in: Ehmke u.a. (Hrsg.), Festschrift für Ulrich Scheuner, 285 (286) („Das hier ‚Verfassungserwartung‘ genannte Phänomen ist von der ‚Verfassungsvoraussetzung‘ nicht scharf zu unterscheiden: Was vorausgesetzt wird, wird auch erwartet, und umgekehrt.“); vgl. überdies nur *Ruffert*, Vorrang der Verfassung, 56; für eine Differenzierung im Kontext der Grundrechtsausübung jedoch beispielsweise *Isensee*, in: ders./Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. V, § 115, Rn. 163 („Von der Grundrechtsvoraussetzung zu unterscheiden ist die Verfassungserwartung, die nicht auf die Möglichkeit der Grundrechtsausübung blickt, sondern auf die tatsächliche Grundrechtsausübung.“); sowie ähnlich nunmehr *ders.*, in: ders./Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. IX, § 190, Rn. 204.
- 73 *Grimm*, in: ders. (Hrsg.), Zukunft der Verfassung, 241 (247); vgl. auch statt vieler *Zerk*, Multinationals and Corporate Social Responsibility, 36 („[traditional] command and control style of legislation“).
- 74 So speziell hinsichtlich der Basis einer parlamentarischen Demokratie, aber in verallgemeinerungsfähiger Weise *Friesenhahn*, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 16 (1958), 9 (64 f.); vgl. auch *Kriele*, Einführung in die Staatslehre, 21 („Die Stabilitätsbedingung des demokratischen Verfassungsstaates ist, dass er eine genügend breite Schicht von Bürgern hat, die in diesem Sinne nicht Bourgeois, sondern Citoyens sind.“). Vgl. weiterhin überdies *Sternberger*, in: ders., Staatsfreundschaft, 267 (290) („Das Gemeinwohl kommt nicht von selbst, sondern man muß es wollen. Nur eine moralische Gesinnung kann die Institutionen selber so modeln und tauglich machen, daß sie eben die Eignung beweisen, das allgemeine Beste zu befördern. Mit einem Wort: Bürgerliche Tugend kann nicht entbehrt werden.“); sowie aus dem rechtswissenschaftlichen Schrifttum unter anderem auch *Böckenförde*, in: ders., Recht, Staat, Freiheit, 92 (111 ff.); *Isensee*, in: Geißler (Hrsg.), Verantwortete politische Bildung, 65 (67) („Im Gegenteil: der Rechtsstaat steht und fällt damit, daß sie [die Bürger], auf das Ganze gesehen, die Grundrechte gemeinwohlgerecht verwirklichen.“); *Delbrück*, in: Bernhardt (Hrsg.), Schriften der Hermann-Ehlers-Akademie, Bd. 24, 7 (14 f.); *Ress*, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 48 (1990), 56 (107); *Calliess*, in: Bröhmer (Hrsg.), Der Grundrechtsschutz in Europa, 67 (78); *Kloepfer*, Verfassungsrecht I, § 1, Rn. 46; *Berka*, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 55 (1996), 48 (59 f.); *Kirchhof*, in: Depenheuer u.a. (Hrsg.), Die Einheit des Staates, 51 ff.; *Schröder*, Juristen-Zeitung 2010, 869 ff.
- 75 Allgemein und eingehend zur Idee des Gemeinwohls und seiner Verwirklichungsebenen vgl. beispielsweise *Nowrot*, Das Republikprinzip in der Rechtsordnungsgemeinschaft, 361 ff., m.umf.N.
- 76 *Isensee*, in: ders./Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. IX, § 190, Rn. 282; vgl. überdies statt vieler *Tomuschat*, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 55 (1996), 178 („Aber dies alles lebt von der Erwartung, daß der Bürger sich für das ganze verantwortlich fühlt, daß er dieses nicht aus dem Blick verliert, daß er sich nicht allein in die Privatheit zurückzieht. Nur so kann das Gemeinwesen wirklich Bestand haben und zum Wohle aller gesichert werden.“); *Müller-Franken*, Maßvolles Verwalten, 168.
- 77 Vgl. zur diesbezüglichen Wahrnehmung des Urhebers selbst: *Ernst-Wolfgang Böckenförde* 80, FAZ v. 18. September 2010, 4 („Als wieder einmal sein berühmter Satz wiederholt wurde, murmelte Ernst-Wolfgang Böckenförde scherzhaft ‚Wenn ich dafür Geld verlangen würde ...‘. Ohne Zweifel: dann wäre er reich. Das Bonmot, der freiheitliche, säkularisierte Verfassungsstaat lebe von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren könne, passt immer.“); sowie bereits *Böckenförde*, in: Schmidt/Wedell (Hrsg.), Festschrift für Burkhard Reichert, 19 („durch immer erneutes Zitieren ein geflügeltes Wort geworden“).

zurückzufallen, aus dem er in den konfessionellen Bürgerkriegen herausgeführt hat.“⁷⁸

Vor diesem Hintergrund stellt sich nunmehr in einem nächsten Schritt die Frage, ob man diese dem Konzept der Verfassungsvoraussetzungen zugrunde liegenden Überlegungen und Perspektiven jedenfalls prinzipiell auch auf das gesellschaftliche Transformationspotential der SDGs und vor allem die hierfür erforderlichen Grundvoraussetzungen übertragen kann. Zugunsten einer solchen Möglichkeit lässt sich bereits der Umstand anführen, dass die Vorstellung, derzufolge auch die Nachhaltigkeitsziele nicht primär durch eine positivrechtliche Verankerung und staatliches Handeln in ihrem Transformationspotential gestärkt werden, sondern zunächst einmal gerade auch darauf angewiesen sind, dass eine möglichst große Gruppe interessierter und verantwortungsbewusster gesellschaftlicher Akteure freiwillig im Rahmen der Prozesse ihrer Verwirklichung in kooperativer Weise auf allen Ebenen aktiv mitzuwirken bereit ist,⁷⁹ in der Tat auch in der 2030 Agenda selbst angelegt ist und dort ihren Ausdruck findet.

So findet sich in diesem Dokument beispielsweise die Feststellung, dass „[g]overnments and public institutions will also work closely on implementation with regional and local authorities, subregional institutions, international institutions, academia, philanthropic organizations, volunteer groups and others“.⁸⁰ Weiterhin enthält die 2030 Agenda im Anschluss hieran unter anderem auch die folgende Erkenntnis der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen: „We reaffirm our strong commitment to the full implementation of this new Agenda. We recognize that we will not be able to achieve our ambitious Goals and targets without a revitalized and enhanced Global Partnership and comparably ambitious means of implementation. The revitalized Global Partnership will facilitate an intensive global engagement in support of implementation of all the Goals and targets, bringing together Governments, civil society, the private sector, the United Nations system and other actors and mobilizing all available resources.“⁸¹

In besonderer Deutlichkeit kommt die Vorstellung einer notwendig arbeitsteiligen sowie kooperativen Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele der 2030 Agenda durch staatliche Organe und zahlreiche gesellschaftliche Akteure, zu denen nicht zuletzt natürlich auch alle Individuen gehören, überdies in der nachfolgend wiedergegebenen Aussage: „Our journey will involve Governments as well as parliaments, the United Nations system and other international institutions, local authorities, indigenous peoples, civil society, business and the private sector, the scientific and academic community – and all people. Millions have already engaged with, and will own, this Agenda.“⁸²

Und dass – schließlich – überhaupt der vorliegend angestellte Vergleich zwischen moderner freiheitlicher Verfassungsstaatlichkeit und ihren weitgehend außerrechtlichen Voraussetzungen auf der einen Seite sowie den Nachhaltigkeitszielen der 2030 Agenda und ihren zentralen Realisierungsbedingungen auf der anderen Seite wohl doch auch insgesamt gar nicht so fernliegend erscheint, wie es einige Leserinnen und Leser vielleicht auf den ersten Blick angenommen haben, zeigt sich nicht zuletzt auch an dem folgenden wesentlichen Befund,

78 *Böckenförde*, in: ders., *Recht, Staat, Freiheit*, 92 (112 f.) (Hervorhebungen im Original), vgl. auch u.a. bereits *Jellinek*, *Allgemeine Staatslehre*, 252 („Der Staat kann sie [die „psychischen Massenerscheinungen“] schützen, pflegen, ihre Ausbreitung oder Wirksamkeit begünstigen, aber nicht erzeugen.“). Kritisch hierzu allerdings in jüngerer Zeit z.B. *Volkmann*, in: *Langenfeld/Schneider* (Hrsg.), *Recht und Religion in Europa*, 87 (99) („Dieser Satz gilt heute nicht mehr, wenn er denn überhaupt je so gegolten hat.“); relativierend auch *Papier*, in: *Baumeister/Roth/Ruthig* (Hrsg.), *Festschrift für Wolf-Rüdiger Schenke*, 263 (275 f.).

79 Allgemein zu diesem Faktor im Kontext der Verwirklichung der SDGs auch z.B. *Martens*, in: *Kaltenborn/Krajewski/Kuhn* (Hrsg.), *Sustainable Development Goals and Human Rights*, 207 ff.

80 UN General Assembly Resolution 70/1, *Transforming Our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development*, UN Doc. A/RES/70/1 of 21 October 2015, Rn. 45.

81 *Ibid.*, Rn. 60.

82 *Ibid.*, Rn. 52.

welchen die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen ebenfalls in ihre Erklärung aufgenommen haben: „It is an Agenda of the people, by the people and for the people – and this, we believe, will ensure its success.“⁸³

Gerade auch diese explizite Bezugnahme in der 2030 Agenda auf die bekannte Sentenz, welche im Kontext einer akuten Gefährdungslage die grundlegenden verfassungsrechtlichen Ordnungsstrukturen der Vereinigten Staaten skizziert sowie darüber hinaus die zentralen Charakteristika moderner freiheitlicher Verfassungsstaatlichkeit insgesamt beschreibt, und sich als Bestandteil der „Gettysburg Address“ *Abraham Lincolns* vom 19. November 1863⁸⁴ in einer politischen Rede findet, die gelegentlich zu den „berühmtesten Reden der westlichen Kultur“ überhaupt gezählt wird,⁸⁵ lässt in der Tat den hier im letzten Teil der Betrachtungen angestellten Vergleich nicht nur als zulässig erscheinen, sondern möglicherweise sogar als naheliegend, um dem angestrebten Ziel einer kontextualisierten und gegenstandsangemessenen Ausmessung des gesellschaftlichen Transformationspotentials der SDGs und seiner Rahmenbedingungen sich in adäquater Weise zumindest anzunähern.

D. Schlussbetrachtungen

Die effektive und möglichst umfassende Verwirklichung der SDGs und der in ihnen zum Ausdruck kommenden globalen Gemeinwohlbelange stellt sich aktuell als eine der zentralen Aufgaben der internationalen Gemeinschaft dar. Einer der wesentlichen Faktoren, die für den Erfolg oder Misserfolg dieser Aufgabe und der in diesem Zusammenhang unternommenen Bemühungen zumindest mitentscheidend sind, ist hierbei die Größe des Potentials der Nachhaltigkeitsziele zur notwendigen sowie von ihnen auch selbst intendierten Transformation der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse auf globaler Ebene.

Vor diesem Hintergrund ist im Rahmen des vorliegenden Beitrags der Versuch unternommen worden, aus einer primär – aber eben keineswegs ausschließlich – völkerrechtlichen Perspektive das gesellschaftliche Transformationspotential einer etwas eingehenderen Betrachtung zu unterziehen. Dieser Analyseansatz hat deutlich werden lassen, dass die nähere völkerrechtliche Verortung der SDGs eine sowohl aus rechtswissenschaftlicher als auch aus rechtspraktischer Perspektive durchaus interessante und facettenreiche Fragestellung darstellt, welche nicht zuletzt wertvolle Erkenntnisse und Impulse auch in Bezug auf das Transformationspotential der Nachhaltigkeitsziele liefern kann. Gleichwohl hat sich ebenfalls gezeigt, dass sich die entsprechenden Diskussionen und Bemühungen gerade im Hinblick auf das vorliegend interessierende Transformationspotential der SDGs aus vielerlei Gründen nicht allein – und wohl nicht einmal primär – auf die Frage ihrer völkerrechtlichen Verbindlichkeit konzentrieren sollten. Angesichts der Größe und Komplexität der Aufgabe kommt es auf uns alle an.

83 *Ibid.*, Rn. 52.

84 Siehe den Schlusssatz der „Gettysburg Address“, unter anderem abgedruckt in: *Cahn* (Hrsg.), *Classics of Political and Moral Philosophy*, 1188 („It is rather for us to be here dedicated to the great task remaining before us – that from these honored dead we take increased devotion to that cause for which they gave the last full measure of devotion – that we here highly resolve that these dead shall not have died in vain – that this nation under God, shall have a new birth of freedom – and that government of the people, by the people, for the people, shall not perish from the earth.“). Eingehender zu dieser kurzen Rede und ihren Hintergründen statt vieler *Wills*, *Lincoln at Gettysburg*, 19 ff.; *Jünemann*, *Juristen-Zeitung* 2013, 1128 ff., m.w.N.

85 So *Ottmann*, *Geschichte des politischen Denkens*, Bd. 3/2, 65; vgl. auch z.B. *Jünemann*, *Juristen-Zeitung* 2013, 1128 (1129) („Wohl kaum eine Rede in der Geschichte wurde mit ähnlich vielen Superlativen bedacht [...].“).

Literaturverzeichnis

- ABBOTT, Kenneth W./SNIDAL, Duncan, Hard and Soft Law in International Governance, *International Organization* 54 (2000), 421-456.
- ALEXY, Robert, Grundrechte und Verhältnismäßigkeit, in: Schliesky, Utz/Ernst, Christian/Schulz, Sönke E. (Hrsg.), *Die Freiheit des Menschen in Kommune, Staat und Europa – Festschrift für Edzard Schmidt-Jortzig*, Heidelberg 2011, 3-15.
- Hauptelemente einer Theorie der Doppelnatur des Rechts, *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie* 95 (2009), 151-166.
 - Die Gewichtsformel, in: Jickeli, Joachim/Kreutz, Peter/Reuter, Dieter (Hrsg.), *Gedächtnisschrift für Jürgen Sonnenschein*, Berlin 2003, 771-792.
 - Zur Struktur der Rechtsprinzipien, in: Schilcher, Bernd/Koller, Peter/Funk, Bernd-Christian (Hrsg.), *Regeln, Prinzipien und Elemente im System des Rechts*, Wien 2000, 31-52.
 - *Theorie der Grundrechte*, 3. Auflage, Frankfurt am Main 1996.
 - *Begriff und Geltung des Rechts*, Freiburg/München 1992.
 - Zur Kritik des Rechtspositivismus, in: Dreier, Ralf (Hrsg.), *Rechtspositivismus und Wertbezug des Rechts*, Stuttgart 1990, 9-26.
 - Zum Begriff des Rechtsprinzips, in: Krawietz, Werner/Opalek, Kazimierz/Peczenik, Aleksander/Schramm, Alfred (Hrsg.), *Argumentation und Hermeneutik in der Jurisprudenz*, Berlin 1979, 59-87.
- ARNAULD, Andreas von, *Völkerrecht*, 4. Auflage, Heidelberg 2019.
- ASAMOAH, Obed Y., *The Legal Significance of the Declarations of the General Assembly of the United Nations*, The Hague 1966.
- ASCH, Edward van, *The International Consortium on Combatting Wildlife Crime (ICCWC)*, in: Lorraine Elliott, Lorraine/Schaedla, William H. (Hrsg.), *Handbook of Transnational Environmental Crime*, Cheltenham 2016, 469-477.
- ATAPATTU, Sumudu A., *Emerging Principles of International Environmental Law*, Ardsley 2006.
- AUGSBERG, Steffen, *Rechtsetzung zwischen Staat und Gesellschaft – Möglichkeiten differenzierter Steuerung des Kapitalmarktes*, Berlin 2003.
- BARRAL, Virginie, *Sustainable Development in International Law: Nature and Operation of an Evolutionary Legal Norm* *European Journal of International Law* 23 (2012), 377-400.
- BAXTER, R. R., *International Law in "Her Infinite Variety"*, *International and Comparative Law Quarterly* 29 (1980), 549-566.
- BEITER, Klaus Dieter, *The Protection of the Right to Education by International Law*, Leiden/Boston 2006.
- BERGMAN, Mark S., *The Norm-Creating Effect of a General Assembly Resolution on Transnational Corporations*, in: Snyder, Frederick E./Sathirathai, Surakiart (Hrsg.), *Third World Attitudes Toward International Law*, Dordrecht/Boston/Lancaster 1987, 231-256.
- BERKA, Walter, *Bürgerverantwortung im demokratischen Verfassungsstaat*, *Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer* 55 (1996), 48-89.
- BERNSTORFF, Jochen von, *The Changing Fortunes of the Universal Declaration of Human Rights: Genesis and Symbolic Dimensions of the Turn to Rights in International Law*, *European Journal of International Law* 19 (2008), 903-924.
- BEYERLIN, Ulrich, *Sustainable Development* (October 2013), in: Wolfrum, Rüdiger (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 3. April 2020).
- BEYERLIN, Ulrich/MARAUHN, Thilo, *International Environmental Law*, Oxford/Portland 2011.
- BIRNIE, Patricia/BOYLE, Alan/REDGWELL, Catherine, *International Law and the Environment*, 3. Auflage, Oxford 2009.
- BITTNER, Claudia, *Recht als interpretative Praxis*, Berlin 1988.
- BLUTMAN, László, *In the Trap of a Legal Metaphor: International Soft Law*, *International and Comparative Law Quarterly* 59 (2010), 605-624.
- BÖCKENFÖRDE, Ernst-Wolfgang, „Der freiheitliche säkularisierte Staat ...“, in: Schmidt, Susanna/Wedell, Michael (Hrsg.), „Um der Freiheit willen ...“ – *Festschrift für Burkhard Reichert*, Freiburg/Basel/Wien 2002, 19-23.
- *Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation*, in: ders., *Recht, Staat, Freiheit*, Frankfurt am Main 1991, 92-114.
- BOROWSKI, Martin, *Grundrechte als Prinzipien*, 2. Auflage, Baden-Baden 2007.
- BOTHE, Michael, *Legal and Non-Legal Norms – A Meaningful Distinction in International Relations?*, *Netherlands Yearbook of International Law* 11 (1980), 65-95.
- BOYLE, Alan E., *Some Reflections on the Relationship of Treaties and Soft Law*, *International and Comparative Law Quarterly* 48 (1999), 901-913.
- CAHN, Steven M. (Hrsg.), *Classics of Political and Moral Philosophy*, New York/Oxford 2002.
- CALLIESS, Christian, *Grundpflichten und Bürgerverantwortung in der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK)*, in: Bröhmer, Jürgen (Hrsg.), *Der Grundrechtsschutz in Europa*, Baden-Baden 2002, 67-84.
- CALLIESS, Galf-Peter/ZUMBANSEN, Peer, *Rough Consensus and Running Code – A Theory of Transnational Private Law*, Oxford/Portland 2010.

- CHARNEY, Jonathan I., Compliance With International Soft Law, in: Shelton, Dinah (Hrsg.), *Commitment and Compliance – The Role of Non-Binding Norms in the International Legal System*, Oxford/New York 2000, 115-118.
- The Role of IGOs in Global Governance, in: Ku, Charlotte/Weiss, Thomas G. (Hrsg.), *Toward Understanding Global Governance – The International Law and International Relations Toolbox*, Providence 1998, 55-67.
 - International Lawmaking – Article 38 of the ICJ Statute Reconsidered, in: Delbrück, Jost (Hrsg.), *New Trends in International Lawmaking – International ‘Legislation’ in the Public Interest*, Berlin 1997, 171-191.
- CHEUNG, Julie, Implementation and Enforcement of CITES: An Assessment of Tiger and Rhinoceros Conservation Policy in Asia, *Pacific Rim Law & Policy Journal* 5 (1995), 125-159.
- CHINKIN, Christine, Normative Developments in the International Legal System, in: Shelton, Dinah (Hrsg.), *Commitment and Compliance – The Role of Non-Binding Norms in the International Legal System*, Oxford/New York 2000, 21-42.
- The Challenge of Soft Law: Developments and Change in International Law, *International and Comparative Law Quarterly* 38 (1989), 850-866.
- CRAWFORD, James, *Brownlie’s Principles of Public International Law*, 9. Auflage, Oxford 2019.
- DAHM, Georg/DELBRÜCK, Jost/WOLFRUM, Rüdiger, *Völkerrecht*, Band I/1, 2. Auflage, Berlin/New York 1989.
- DELBRÜCK, Jost, The Right to Education as an International Human Right, *German Yearbook of International Law* 35 (1992), 92-104.
- Die Entwicklung außerrechtlicher internationaler Verhaltensnormen unter den Bedingungen nuklearer Abschreckung, in: Nerlich, Uwe/Rendtorff, Trutz (Hrsg.), *Nukleare Abschreckung – Politische und ethische Interpretationen einer neuen Realität*, Baden-Baden 1989, 353-377.
 - Verantwortung für den Staat des Grundgesetzes, in: Bernhardt, Walter (Hrsg.), *Schriften der Hermann-Ehlers-Akademie*, Bd. 24, Kiel 1988, 7-16.
- DÖRR, Oliver/SCHMALENBACH, Kirsten (Hrsg.), *Vienna Convention on the Law of Treaties, A Commentary*, 2. Auflage, Heidelberg 2018.
- DULUME, Wekgari, Linking the SDGs with Human Rights: Opportunities and Challenges of Promoting Goal 17, *Journal of Sustainable Development Law & Policy* 10 (2019), 56-72.
- DWORKIN, Ronald, *Taking Rights Seriously*, Cambridge 1977.
- EJIMS, Okechukwu, The 2016 Morocco-Nigeria Bilateral Investment Treaty: More Practical Reality in Providing a Balanced Investment Treaty?, *ICSID Review – Foreign Investment Law Journal* 34 (2019), 62-84.
- ELIAS, T. Olawale, Modern Sources of International Law, in: Friedmann, Wolfgang/Henkin, Louis/Lissitzyn, Oliver (Hrsg.), *Transnational Law in a Changing Society – Essays in Honour of Philip C. Jessup*, New York/London 1972, 34-69.
- ENGEL, Christoph, *Völkerrecht als Tatbestandsmerkmal deutscher Normen*, Berlin 1989.
- FRANCIONI, Francesco, International ‘soft law’: A Contemporary Assessment, in: Lowe, Vaughan/Fitzmaurice, Malgosia (Hrsg.), *Fifty Years of the International Court of Justice – Essays in Honour of Sir Robert Jennings*, Cambridge 1996, 167-178.
- FRIESENHAHN, Ernst, *Der internationale Schutz der Menschenrechte*, Uelzen 1960.
- *Parlament und Regierung im modernen Staat*, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 16 (1958), 9-73.
- GARDINER, Richard K., *Treaty Interpretation*, 2. Auflage, Oxford/New York 2015.
- GAZZINI, Tarcisio, The 2016 Morocco-Nigeria BIT: An Important Contribution to the Reform of Investment Treaties, *Investment Treaty News*, Volume 8, Issue 3, September 2017, 3-4.
- GIEGERICH, Thomas, Internationale Standards – aus völkerrechtlicher Perspektive, *Berichte der Deutschen Gesellschaft für Internationales Recht* 46 (2014), 101-186.
- GRIMM, Dieter, *Verbände und Verfassung*, in: ders. (Hrsg.), *Die Zukunft der Verfassung*, Frankfurt am Main 1991, 241-262.
- GUZMAN, Andrew T., The Design of International Agreements, *European Journal of International Law* 16 (2005), 579-612.
- HAFNER, Gerhard, The Effect of Soft Law on International Economic Relations, in: Griller, Stefan (Hrsg.), *International Economic Governance and Non-Economic Concerns – New Challenges for the International Legal Order*, Wien/New York 2003, 149-167.
- HEINOLD, Alexander, *Die Prinzipientheorie bei Ronald Dworkin und Robert Alexy*, Berlin 2011.
- HESSE, Konrad, *Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland*, 20. Auflage, Heidelberg 1995.
- HEUSEL, Wolfgang, *„Weiches“ Völkerrecht*, Baden-Baden 1991.
- HILLGENBERG, Hartmut, A Fresh Look at Soft Law, *European Journal of International Law* 10 (1999), 499-515.
- HUCK, Winfried, Die Integration der Sustainable Development Goals (SDGs) in den Rohstoffsektor, *Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht* 29 (2018), 266-271.
- HUCK, Winfried/KURKIN, Claudia, Die UN-Sustainable Development Goals (SDGs) im transnationalen Mehrebenensystem, *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 78 (2018), 375-424.

- HUMMER, Waldemar/KARL, Wolfram, Regionaler Menschenrechtsschutz, Bd. I/2, Baden-Baden 2009.
- ISENSEE, Josef, Grundrechtsvoraussetzungen und Verfassungserwartungen an die Grundrechtsausübung, in: ders./Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. IX, 3. Auflage, Heidelberg 2011, 265-411.
- Grundrechtsvoraussetzungen und Verfassungserwartungen an die Grundrechtsausübung, in: ders./Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. V, Heidelberg 1992, 353-484.
 - Grundrechtliche Freiheit – Republikanische Tugend, in: Geißler, Erich E. (Hrsg.), Verantwortete politische Bildung, Bonn 1988, 65-76.
- JELLINEK, Georg, Allgemeine Staatslehre, 3. Auflage, Berlin 1914.
- JÜNEMANN, Klaus, Government of, by, for the people – Zur Archäologie eines klassischen Zitats, Juristen-Zeitung 68 (2013), 1128-1136.
- KALTENBORN, Markus, Entwicklungsvölkerrecht und Neugestaltung der internationalen Ordnung, Berlin 1998.
- KASIMBAZI, Emmanuel B., The Lusaka Agreement Task Force as a Mechanism for Enforcement Against Wildlife Crime, in: Faure, Michael/De Smedt, Peter/Stas, An (Hrsg.), Environmental Enforcement Networks – Concepts, Implementation and Effectiveness, Cheltenham 2015, 239-262.
- KIM, Rakhyun E., The Nexus between International Law and the Sustainable Development Goals, Review of European Community & International Environmental Law 25 (2016), 15-26.
- KIRCHHOF, Paul, Die Einheit des Staates in seinen Verfassungsvoraussetzungen, in: Depenheuer, Otto/Heintzen, Markus/Jestaedt, Matthias/Axer, Peter (Hrsg.), Die Einheit des Staates, Heidelberg 1998, 51-69.
- KIRSCHNER, Adele J., The Human Right to Water and Sanitation, Max Planck Yearbook of United Nations Law 15 (2011), 445-487.
- KIRTON, John J./TREBILCOCK, Michael J., Introduction: Hard Choices and Soft Law in Sustainable Global Governance, in: dies. (Hrsg.), Hard Choices, Soft Law – Voluntary Standards in Global Trade, Environment and Social Governance, Aldershot/Burlington 2004, 3-29.
- KLABBERS, Jan, An Introduction to International Organizations Law, 3. Auflage, Cambridge 2015.
- The Undesirability of Soft Law, Nordic Journal of International Law 67 (1998), 381-391.
 - The Redundancy of Soft Law, Nordic Journal of International Law 65 (1996), 167-182.
- KLOEPFER, Michael, Verfassungsrecht I, München 2011.
- KNAUFF, Matthias, Der Regelungsverbund: Recht und Soft Law im Mehrebenensystem, Tübingen 2010.
- KOLVENBACH, Walter, Bhopal – Storm over the Multinationals?, Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht 15 (1986), 47-69.
- KRAJEWSKI, Markus, Völkerrecht, 2. Auflage, Baden-Baden 2020.
- KRIELE, Martin, Einführung in die Staatslehre, 6. Auflage, Stuttgart/Berlin/Köln 2003.
- KRÜGER, Herbert, Verfassungsvoraussetzungen und Verfassungserwartungen, in: Ehmke, Horst/Kaiser, Joseph H./Kewenig, Wilhelm A. u.a. (Hrsg.), Festschrift für Ulrich Scheuner zum 70. Geburtstag, Berlin 1973, 285-306.
- LASKOWSKI, Silke Ruth, Das Menschenrecht auf Wasser, Tübingen 2010.
- LOWE, Vaughan, Sustainable Development and Unsustainable Arguments, in: Boyle, Alan/Freestone, David (Hrsg.), International Law and Sustainable Development – Past Achievements and Future Challenges, Oxford 1999, 19-37.
- MAHER, Jennifer/SOLLUND, Ragnhild, Wildlife Trafficking: Harms and Victimization, in: Sollund, Ragnhild/Stefes, Christoph H./Germani, Anna Rita (Hrsg.), Fighting Environmental Crime in Europe and Beyond, London 2016, 99-128.
- MARKUS, Till, Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Biodiversität, in: Proelß, Alexander (Hrsg.), Internationales Umweltrecht, Berlin/Boston 2017, 321-366.
- MARQUIER, Julia, Soft Law: Das Beispiel des OSZE Prozesses – Ein Beitrag zur völkerrechtlichen Rechtsquellenlehre, Bonn 2003.
- MARTENS, Jens, The Role of Public and Private Actors and Means in Implementing the SDGs: Reclaiming the Public Policy Space for Sustainable Development and Human Rights, in: Kaltenborn, Markus/Krajewski, Markus/Kuhn, Heike (Hrsg.), Sustainable Development Goals and Human Rights, Cham 2020, 207-220.
- MCCAFFREY, Stephen C., A Human Right to Water: Domestic and International Implications, Georgetown International Environmental Law Review 5 (1992), 1-24.
- MENDELSON, Maurice, The Formation of Customary International Law, Recueil des Cours 272 (1998), 155-410.
- MICHAEL, Lothar, Rechtsetzende Gewalt im kooperierenden Verfassungsstaat – Normprägende und normersetzende Absprachen zwischen Staat und Wirtschaft, Berlin 2002.
- MÖLLERS, Christoph, Religiöse Freiheit als Gefahr?, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 68 (2009), 47-93.

- Die Governance-Konstellation: Transnationale Beobachtung durch öffentliches Recht, in: Schuppert, Gunnar Folke/Zürn, Michael (Hrsg.), *Governance in einer sich wandelnden Welt*, Wiesbaden 2008, 238-256.
- *Gewaltengliederung*, Tübingen 2005.
- MÜLLER-FRANKEN, Sebastian, *Maßvolles Verwalten*, Tübingen 2004.
- NANDA, Ved P., *The Journey from the Millennium Development Goals to the Sustainable Development Goals*, *Denver Journal of International Law and Policy* 44 (2016), 389-412.
- NETTESHEIM, Martin, *Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und ihre Rechtsnatur*, in: Merten, Detlef/Papier, Hans-Jürgen (Hrsg.), *Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa*, Bd. VI/2, Heidelberg 2009, 191-236.
- NOWROT, Karsten, *The Special Regime for Wildlife Trafficking*, in: Peters, Anne/Kolb, Robert/de Hemptinne, Jérôme (Hrsg.), *The Protection of Animals in Wartime* (im Erscheinen).
- *The Other Side of Rights in the Processes of Constitutionalizing International Investment Law: Addressing Investors' Obligations as a New Regulatory Experiment*, Hamburg 2018.
- *Steuerungssubjekte und -mechanismen im Internationalen Wirtschaftsrecht (einschließlich regionale Wirtschaftsintegration)*, in: Tietje, Christian (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, 2. Auflage, Berlin/Boston 2015, 67-157.
- *Das Republikprinzip in der Rechtsordnungengemeinschaft*, Tübingen 2014.
- *Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht*, Berlin 2006.
- NOWROT, Karsten/WARDIN, Yvonne, *Liberalisierung der Wasserversorgung in der WTO-Rechtsordnung – Die Verwirklichung des Menschenrechts auf Wasser als Aufgabe einer transnationalen Verantwortungsgemeinschaft*, Halle/Saale 2003.
- O'CONNELL, Mary Ellen, *The Role of Soft Law in a Global Order*, in: Shelton, Dinah (Hrsg.), *Commitment and Compliance – The Role of Non-Binding Norms in the International Legal System*, Oxford/New York 2000, 100-114.
- ÖBERG, Marco Divac, *The Legal Effects of Resolutions of the UN Security Council and General Assembly in the Jurisprudence of the ICJ*, *European Journal of International Law* 16 (2005), 879-906.
- OLATUNBOSUN, Adeniyi, *Sustainable Development Goals: Exploring Law and Policy for a Shared Future*, *Nigerian Law Journal* 19 (2016), 35-57.
- ORAKHELASHVILI, Alexander, *Akehurst's Modern Introduction to International Law*, 8. Auflage, London/New York 2019.
- OTTMANN, Henning, *Geschichte des politischen Denkens*, Bd. 3/2, Stuttgart/Weimar 2008.
- PAPIER, Hans-Jürgen, *Das Spannungsverhältnis von Freiheit und Sicherheit aus verfassungsrechtlicher Sicht*, in: Baumeister, Peter/Roth, Wolfgang/Ruthig, Josef (Hrsg.), *Staat, Verwaltung und Rechtsschutz – Festschrift für Wolf-Rüdiger Schenke zum 70. Geburtstag*, Berlin 2011, 263-276.
- PAUWELYN, Joost/WESSEL, Ramses A./WOUTERS, Jan, *When Structures Become Shackles: Stagnation and Dynamics in International Lawmaking*, *European Journal of International Law* 25 (2014), 733-763.
- PLEUGER, Gunter, *United Nations, Millennium Declaration (March 2007)*, in: Wolfrum, Rüdiger (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 3. April 2020).
- POGGE, Thomas/SENGUPTA, Mitu, *The Sustainable Development Goals (SDGs) as Drafted: Nice Idea, Poor Execution*, *Washington International Law Journal* 24 (2015), 571-587.
- PRONTO, Arnold N., *Understanding the Hard/Soft Distinction in International Law*, *Vanderbilt Journal of Transnational Law* 48 (2015), 941-956.
- RAUSTIALA, Kal, *Form and Substance in International Agreements*, *American Journal of International Law* 99 (2005), 581-614.
- REEVE, Rosalind, *The Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora (CITES)*, in: Ulfstein, Geir/Maruhn, Thilo/Zimmermann, Andreas (Hrsg.), *Making Treaties Work – Human Rights, Environment and Arms Control*, Cambridge 2007, 134-160.
- *Enhancing the International Regime for Protecting Endangered Species: The Example of CITES*, *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 63 (2003), 333-354.
- RESS, Georg, *Staatszwecke im Verfassungsstaat – nach 40 Jahren Grundgesetz*, *Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer* 48 (1990), 56-118.
- DI ROBILANT, Anna, *Genealogies of Soft Law*, *American Journal of Comparative Law* 54 (2006), 499-554.
- RUFFERT, Matthias, *Vorrang der Verfassung und Eigenständigkeit des Privatrechts*, Tübingen 2001.
- SALOMON, Margot E., *Poverty, Privilege and International Law: The Millennium Development Goals and the Guise of Humanitarianism*, *German Yearbook of International Law* 51 (2008), 39-73.
- SAND, Peter H., *International Protection of Endangered Species in the Face of Wildlife Trade: Whither Conservation Diplomacy?*, *Asia Pacific Journal of Environmental Law* 20 (2017), 5-27.
- *Das Washingtoner Artenschutzabkommen (WA)*, *Archiv des Völkerrechts* 54 (2016), 561-589.

- SANTACROCE, Fabio Giuseppe, The Applicability of Human Rights Law in International Investment Disputes, *ICSID Review – Foreign Investment Law Journal* 34 (2019), 136-155.
- SCHACHTER, Oscar, The Nature and Process of Legal Development in International Society, in: Macdonald, R. St.J./Johnston, Douglas M. (Hrsg.), *The Structure and Process of International Law: Essays in Legal Philosophy Doctrine and Theory*, The Hague/Boston/Lancaster 1983, 745-808.
- SCHNEIDER, Ulrich, Naturrechtliche Strömungen im heutigen Völkerrecht, *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 13 (1950/51), 556-614.
- SCHRÖDER, Ulrich Jan, Wovon der Staat lebt, *Juristen-Zeitung* 65 (2010), 869-875.
- SCHULZE-FIELITZ, Helmuth, Kooperatives Recht im Spannungsfeld von Rechtsstaatsprinzip und Verfahrensökonomie, in: Dose, Nicolai/Voigt, Rüdiger (Hrsg.), *Kooperatives Recht*, Baden-Baden 1995, 225-256.
- SCHWEBEL, Stephen M., The Legal Effect of Resolutions and Codes of Conduct of the United Nations, in: ders., *Justice in International Law – Selected Writings of Stephen M. Schwebel*, Cambridge 1994, 499-513.
- SENDEN, Linda, *Soft Law in European Community Law*, Oxford/Portland 2004.
- SHAFFER, Gregory C./POLLACK, Mark A., Hard vs. Soft Law: Alternatives, Complements, and Antagonists in International Governance, *Minnesota Law Review* 94 (2010), 706-799.
- SHELTON, Dinah, Normative Hierarchy in International Law, *American Journal of International Law* 100 (2006), 291-323.
- Law, Non-Law and the Problem of ‘Soft Law’, in: dies. (Hrsg.), *Commitment and Compliance – The Role of Non-Binding Norms in the International Legal System*, Oxford/New York 2000, 1-18.
- SIMMA, Bruno/KHAN, Daniel-Erasmus/NOLTE, Georg/PAULUS, Andreas (Hrsg.), (Hrsg.), *The Charter of the United Nations – A Commentary*, Bd. 1, 3. Auflage., Oxford 2012.
- (Hrsg.), *The Charter of the United Nations – A Commentary*, Bd. 2, 3. Auflage, Oxford 2012.
- SLOAN, Blaine, General Assembly Resolutions Revisited (Forty Years Later), *British Yearbook of International Law* 58 (1987), 39-150.
- SOHN, Louis B., Enhancing the Role of the General Assembly of the United Nations in Crystallizing International Law, in: Makarczyk, Jerzy (Hrsg.), *Theory of International Law at the Threshold of the 21st Century – Essays in Honour of Krzysztof Skubiszewski*, The Hague/London/Boston 1996, 549-561.
- STAVRINIDES, Zenon, Human Rights Obligations under the United Nations Charter, *International Journal of Human Rights* 3 (Nr. 2, 1999), 38-48.
- STERNBERGER, Dolf, *Das allgemeine Beste*, in: ders., *Staatsfreundschaft*, Frankfurt am Main 1980, 267-291.
- SZPAK, Agnieszka, International Solidarity as the Basis for Millennium/Sustainable Development Goals, *Polish Quarterly of International Affairs* 26 (2017), 108-123.
- THÜRER, Daniel, Soft Law (March 2009), in: Wolf- rum, Rüdiger (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 3. April 2020).
- „Soft Law“ – eine neue Form von Völkerrecht?, *Zeitschrift für Schweizerisches Recht N.F.* 104 (1985), 429-453
- TIETJE, Christian, Recht ohne Rechtsquellen? Entstehung und Wandel von Völkerrechtsnormen im Interesse des Schutzes globaler Rechtsgüter im Spannungsverhältnis von Rechtssicherheit und Rechtsdynamik, *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 24 (2003), 27-42.
- Transnationales Wirtschaftsrecht aus öffentlich-rechtlicher Perspektive, *Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft* 101 (2002), 404-420.
- *Internationalisiertes Verwaltungshandeln*, Berlin 2001.
- TOMUSCHAT, Christian, United Nations, General Assembly (April 2019), in: Wolf- rum, Rüdiger (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 3. April 2020).
- The Universal Declaration of Human Rights and the Place of the Charter in Europe: Common Values, in: Schorlemer, Sabine von (Hrsg.), *Praxishandbuch UNO – Die Vereinten Nationen im Lichte globaler Herausforderungen*, Berlin/Heidelberg/New York 2003, 319-344.
- *International Law: Ensuring the Survival of Mankind on the Eve of a New Century*, *Recueil des Cours* 281 (1999), 9-438.
- The Concluding Documents of World Order Conferences, in: Makarczyk, Jerzy (Hrsg.), *Theory of International Law at the Threshold of the 21st Century – Essays in Honour of Krzysztof Skubiszewski*, The Hague/London/Boston 1996, 563-585.
- Diskussionsbeitrag, *Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer* 55 (1996), 178-179.
- VERDROSS, Alfred/SIMMA, Bruno, *Universelles Völkerrecht*, 3. Auflage, Berlin 1984.
- VIÑUALES, Jorge E., The Rise and Fall of Sustainable Development, *Review of European Community & International Environmental Law* 22 (2013), 3-13.

- VOGEL, Klaus, Diskussionsbeitrag, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 36 (1978), 145.
- VOLKMANN, Uwe, Der Preis der Freiheit – über die geistig-kulturellen Grundlagen des liberalen Staates, in: Langenfeld, Christine/Schneider, Irene (Hrsg.), Recht und Religion in Europa, Göttingen 2008, 87-101.
- WEIL, Prosper, Towards Relative Normativity in International Law?, American Journal of International Law 77 (1983), 413-442.
- WEISS, Wolfgang, Die Rechtsquellen des Völkerrechts in der Globalisierung: Zu Notwendigkeit und Legitimation neuer Quellenkategorien, Archiv des Völkerrechts 53 (2015), 220-251.
- WENGLER, Wilhelm, Rechtsvertrag, Konsensus und Absichtserklärung im Völkerrecht, Juristen-Zeitung 31 (1976), 193-197.
- WIERSEMA, Annecoos, CITES and the Whole Chain Approach to Combatting Illegal Wildlife Trade, Journal of International Wildlife Law & Policy 20 (2017), 207-225.
- WILLS, Garry, Lincoln at Gettysburg – The Words that Remade America, New York 1992.
- ZEMANEK, Karl, Is the Term “Soft Law” Convenient?, in: Hafner, Gerhard/Loibl, Gerhard/Rest, Alfred/Sucharipa-Behrmann, Lilly/Zemanek, Karl (Hrsg.), Liber Amicorum Professor Ignaz Seidl-Hohenveldern in Honour of his 80th Birthday, The Hague/London/Boston 1998, 843-862.
- ZERK, Jennifer A., Multinationals and Corporate Social Responsibility – Limits and Opportunities in International Law, Cambridge 2006.
- ZIMMERMAN, Mara E., The Black Market for Wildlife: Combatting Transnational Organized Crime in the Illegal Wildlife Trade, Vanderbilt Journal of Transnational Law 36 (2003), 1657-1689.
- ZUGLIANI, Niccolò, Human Rights in International Investment Law: The 2016 Morocco-Nigeria Bilateral Investment Treaty, International and Comparative Law Quarterly 68 (2019), 761-770.

Rechtswissenschaftliche Beiträge der Hamburger Sozialökonomie

ISSN 2366-0260 (print) / ISSN 2365-4112 (online)

Bislang erschienene Hefte

Heft 1

Felix Boor, Die Yukos-Enteignung. Auswirkungen auf das Anerkennungs- und Vollstreckungssystem aufgehobener ausländischer Handelsschiedssprüche

Heft 2

Karsten Nowrot, Sozialökonomie als disziplinäre Wissenschaft. Alternative Gedanken zur sozialökonomischen Forschung, Lehre und (Eliten-) Bildung

Heft 3

Florian Hipp, Die kommerzielle Verwendung von frei zugänglichen Inhalten im Internet

Heft 4

Karsten Nowrot, Vom steten Streben nach einer immer wieder neuen Weltwirtschaftsordnung. Die deutsche Sozialdemokratie und die Entwicklung des Internationalen Wirtschaftsrechts

Heft 5

Karsten Nowrot, Jenseits eines abwehrrechtlichen Ausnahmecharakters. Zur multidimensionalen Rechtswirkung des Widerstandsrechts nach Art. 20 Abs. 4 GG

Heft 6

Karsten Nowrot, Grundstrukturen eines Beratungsverwaltungsrechts

Heft 7

Karsten Nowrot, Environmental Governance as a Subject of Dispute Settlement Mechanisms in Regional Trade Agreements

Heft 8

Margaret Thornton, The Flexible Cyborg: Work-Life Balance in Legal Practice

Heft 9

Antonia Fandrich, Sustainability and Investment Protection Law. A Study on the Meaning of the Term *Investment* within the ICSID Convention

Heft 10

Karsten Nowrot, Of “Plain” Analytical Approaches and “Savior” Perspectives: Measuring the Structural Dialogues between Bilateral Investment Treaties and Investment Chapters in Mega-Regionals

Heft 11

Maryna Rabinovych, The EU Response to the Ukrainian Crisis: Testing the Union’s Comprehensive Approach to Peacebuilding

Heft 12

Marita Körner, Die Datenschutzgrundverordnung der Europäischen Union: Struktur und Ordnungsprinzipien

Heft 13

Christin Krusenbaum, Das deutsche Krankenversicherungssystem auf dem Prüfstand – Ist die Bürgerversicherung die ultimative Alternative?

Heft 14

Marita Körner, Age Discrimination in the Context of Employment

Heft 15

Avinash Govindjee/ Judith Brockmann/ Manfred Walser, Atypical Employment in an International Perspective

Heft 16

Cara Paulina Gries, Gesetzliche Barrieren bei der Integration von geduldeten Flüchtlingen in den deutschen Arbeitsmarkt

Heft 17

Karsten Nowrot, Aiding and Abetting in Theorizing the Increasing Softification of the International Normative Order - A Darker Legacy of Jessup’s *Transnational Law*?

Heft 18

Matti Riedlinger, Das CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz: Implementierung von Corporate Social Responsibility Berichtspflichten in nationales Recht

Heft 19

Karsten Nowrot, “Competing Regionalism” vs. “Cooperative Regionalism”: On the Possible Relations between Different Regional Economic Integration Agreements

Heft 20

Karsten Nowrot, The 2017 EU Conflict Minerals Regulation: An Effective European Instrument to Globally Promote Good Raw Materials Governance?

Heft 21

Karsten Nowrot, The Other Side of Rights in the Processes of Constitutionalizing International Investment Law: Addressing Investors' Obligations as a New Regulatory Experiment

Heft 22

Karsten Nowrot/Emily Sipiorski, Arbitrator Intimidation and the Rule of Law: Aspects of Constitutionalization in International Investment Law

Heft 23

Karsten Nowrot, European Republicanism in (Legitimation) Action: Public Participation in the Negotiation and Implementation of EU Free Trade Agreements

Heft 24

Karsten Nowrot, Non-Recognized Territorial Entities in the Post-Soviet Space from the Perspective of WTO Law: Outreach to Outcasts?

Heft 25

Marita Körner, Beschäftigtendatenschutz im Geltungsbereich der DSGVO

Heft 26

Vladlena Lisenko/Karsten Nowrot, The 2018 Pridnestrovian Law on State Support for Investment Activities: Some Thoughts on an Investment Statute in a Frozen Conflict Situation

Heft 27

Marita Körner, Die Rolle des Betriebsrats im Beschäftigtendatenschutz

Heft 28

Nadia Kornioti/Karsten Nowrot, Looking Back to Learn for the Future?: The Work of the ILA on the Issue of Human Rights in Times of Emergency in the 1980s

Heft 29

Marita Körner, Der Betriebsrat als datenschutzrechtlich verantwortliche Stelle

Heft 30

Karsten Nowrot/Emily Sipiorski, (De-) Constitutionalization of International Investment Law?: Narratives from Africa

Heft 31

Felix Boor, Die beschleunigte Landreform Mugabes vor deutschen Gerichten - der „Hamburger Kaffeestreit“

Heft 32

Karsten Nowrot, Corporate Legal and Social Responsibility as an Issue of International Investment Agreements: A Suitable Role Model for the WTO Legal Order?

Heft 33

Julius Adler, Der Grundsatz der „Full Protection and Security“ im internationalen Investitionsschutzrecht - Bedeutung in Theorie und Praxis

Heft 34

Sebastian Barth, Gefangenearbeit: Meilen- oder Stolperstein der Resozialisierung? Eine rechtliche Betrachtung von Gefangenearbeit in Bezug auf das Resozialisierungsziel